



**GESUNDHEITSRECHTE –
NICHT FÜR ALLE GLEICH**

IN ACTION

Iran – Ein Jahr Aufstand

USA

Kulturkampf um Bücher

THAILAND

Kinder im Gefängnis



GLOBAL RELIEF PROGRAMME

NOTHILFE FÜR MENSCHEN IN GEFAHR

Überall auf der Welt sind Menschen in Gefahr: Menschenrechtsverteidiger*innen werden eingeschüchtert, Journalist*innen werden verfolgt. Die Rechte von Frauen und Mädchen werden beschnitten. Das **Global Relief Programme** von Amnesty International leistet in solchen Situationen schnell und unkompliziert Unterstützung.

Mit Ihrer Spende bieten wir den Betroffenen vorübergehende Umsiedlungen, sicheren Zugang zur Rechtshilfe, psychologische und ärztliche Betreuung und weitere Massnahmen, die Leben retten können.

Weitere Informationen: www.amnesty.ch/global-relief

MIT DEM GLOBAL RELIEF PROGRAMME HELFEN WIR JÄHRLICH TAUSENDEN VON MENSCHEN AUS LEBENSBEDROHLICHEN SITUATIONEN.

**Helfen Sie mit, Menschenleben zu retten.
Jetzt per Twint spenden. Herzlichen Dank!**

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion . Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
Bank: Postfinance AG. IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8. Zweck: HRR 2023.

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 115, September 2023. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Jean-Marie Banderet, Boris Bögli, Clément Girardot, Alicia Giraudel, Danièle Gosteli, Cyrielle Huguenot, Brigitte Knopf, Leonie March, Tobias Oellig, Olalla Piñeiro Trigo, Lucia Plaen, Théophile Simon, Daniela Varga. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle zu 50% aus wiederverwerteten Altfolien, 100% rezyklierbar. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 3. November 2023. Distribution: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch. **Auflage:** 73000 (dt.).

www.amnesty.ch

facebook.com/amnesty.schweiz

twitter.com/amnesty_schweiz

www.instagram.com/amnesty_switzerland

International: www.amnesty.org

EDITORIAL



Gerade kürzlich wurde mir nach einigen Vorfällen im privaten Umfeld wieder deutlich, dass Gesundheit keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist und wie zerbrechlich unsere Körper sind. Dann bin ich jeweils froh, an einem Ort zu leben, wo das nächste Spital, die nächste Ärztin nicht allzu weit weg sind. Wobei mir bewusst ist,

wie privilegiert ich als mittelständische Schweizerin bin. Denn auch hierzulande ist der Zugang zur medizinischen Versorgung nicht für alle gleich. Für Menschen mit eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten und viele Migrant*innen ist es ungleich schwieriger, sich die nötige Behandlung leisten zu können. Ihnen wird in diesem Herbst im Wahlkampf garantiert wieder vorgeworfen, unser Gesundheitssystem auszunutzen

– eine schäbige Argumentation. Diskriminierungen in der Gesundheitsversorgung gibt es aber auch aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität oder der Hautfarbe. Besorgniserregend ist es für mich als Frau zu wissen, dass die meisten Medikamente und Behandlungsmethoden für Männerkörper optimiert wurden – und Frauen im schlimmsten Fall sogar schaden können.

Nicht zuletzt erhalten auch hierzulande Menschen mit Behinderungen nicht die Versorgung, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen würde; auch sie müssen sich anhören, dass sie das «Gesundheitswesen belasten». Diese Diskriminierung will die Inklusions-Initiative beseitigen – haben Sie sie schon unterschrieben? Falls nicht: Zu den Unterschriftenbögen gelangen Sie auf [amnesty.ch/inklusions-initiative](https://www.amnesty.ch/inklusions-initiative)

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Wo bleibt die Menschlichkeit?!	

DOSSIER

Recht auf Gesundheit	
Gesundheit ist ein Menschenrecht, kein Privileg	10
Einblicke in das Recht auf Gesundheit	12
Einschätzungen von vier Expert*innen.	
Das vergessene Geschlecht	15
Warum weibliche Körper erst seit Kurzem medizinische Beachtung erhalten.	
Rassismus im weissen Kittel	18
Das Erbe des Kolonialismus führt zu Fehldiagnosen.	
Im Schatten von Covid	20
In Afrika hatte die Pandemie massive Nebenwirkungen.	
Haitis Gesundheitssystem am Boden	22
Die Insel versinkt in Ganggewalt, Hunger und Cholera.	

THEMA

USA	24
Aus den Regalen verbannt	
Georgien	27
Ein Tal voller Stacheldraht	
Thailand	29
Kritik verboten	
Ukraine	31
«Es ist Krieg! Da darf man nicht still bleiben»	

KULTUR

Buch	33
Feministische Weltgeschichte im Iran	
Film	34
Die vier Töchter und der böse Wolf	

CARTE BLANCHE

Brigitte Knopf	35
----------------	----

IN ACTION

Iran	37
Ein Jahr der Repression	
Inklusions-Initiative	38
Jede Unterschrift zählt!	
Lithium-Ionen-Batterien	39
Menschenrechtskonformer Rohstoffabbau gefordert	



© Thom Bridge AP/Keystone



JA ZUM KLIMASCHUTZGESETZ

59,1 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten haben sich an der Abstimmung vom 18. Juni klar dafür ausgesprochen, dass die **Schweiz** die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto-Null senkt. Der Bund will im Rahmen des Klimaschutzgesetzes 3,2 Milliarden Franken an Finanzhilfen bewilligen, wovon ein Grossteil in Innovationen fliessen soll, die das Netto-Null-Ziel erreichen helfen. Der Klimawandel führt nicht nur zu Umweltschäden, sondern hat auch massive Auswirkungen auf grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser und Wohnen.

ERFOLG FÜR JUNGE KLIMAAKTIVIST*INNEN

Sechzehn Klimaschützer*innen im Alter von 5 bis 22 Jahren haben erfolgreich gegen den US-amerikanischen Bundesstaat **Montana** geklagt: Eine Richterin entschied, dass der Bundesstaat ihr Recht auf eine gesunde Umwelt verletze. Die Umweltaktivist*innen werfen der Regierung Montanas vor, deren Politik zugunsten fossiler Brennstoffe trage zum Klimawandel bei. Der Bundesstaat verstosse damit gegen das in der Verfassung Montanas verankerte Recht auf eine «saubere und gesunde Umwelt». Die Klage wurde eingereicht, nachdem die Gesetzgeber*innen in Montana die Berücksichtigung der Klimakrise bei Entscheidungen über den Kohleabbau und über andere Projekte verboten hatten.

ABHOLZUNG GEHT ZURÜCK

Laut dem Umweltministerium **Brasiliens** hat die Abholzung im brasilianischen Amazonasgebiet im Juli im Vergleich zum Vorjahr um ganze 66 Prozent abgenommen. Demnach gab es im Juli 2023 Hinweise auf Abholzung auf einer Fläche von knapp 500 Quadratkilometern. Im Juli 2022 waren es noch rund 1490 Quadratkilometer gewesen. Der Juli war traditionell einer der Monate, in welchen in der Amazonasregion die grössten Waldflächen zerstört wurden. Der Amazonas-Regenwald gilt als CO₂-Speicher und deshalb als wichtiger Faktor im Kampf gegen die Erderwärmung. Während der Amtszeit des rechten Präsidenten Jair Bolsonaro von 2019 bis 2022 hatten die Abholzungen und Brandrodungen in Brasilien massiv zugenommen. Sein Nachfolger, der linke Präsident Lula da Silva, hat dem Klimaschutz hohe Priorität gegeben.

Die jungen Kläger*innen auf dem Weg zum Gericht in Helena, Montana.



NACH VERZÖGERUNG ENDLICH FREI

Am 1. Juli liessen die De-facto-Behörden der Huthi in **Jemen** die Journalisten Mohammed al-Salahi und Mohammed al-Junaid endlich frei. Die beiden hatten ihre Haftstrafen bereits vor etwa einem Jahr verbüsst und hätten am 20. Juni 2022 beziehungsweise 13. Juli 2022 freigelassen werden müssen. Die Sicherheits- und Geheimdienstkräfte der Huthi hatten die Journalisten im Oktober bzw. November 2018 in Hodeidah willkürlich festgenommen. Während ihrer Inhaftierung waren die beiden einer Reihe schwerer Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, darunter Verschwindenlassen, Folter und andere Miss-handlungen. Auch wurde ihnen der Kontakt zu einem Rechtsbeistand verweigert.

zu streichen. Bereits im November 2022 hatte sich der Präsident Ghanas gegenüber einer Delegation von Amnesty International dafür ausgesprochen, die Todesstrafe aus dem Gesetzbuch zu streichen. In Ghana waren 2022 noch sieben neue Todesurteile verhängt worden, sodass Ende 2022 insgesamt 172 Menschen im Todestrakt sassen. Allerdings sind bereits seit 1993 keine Hinrichtungen mehr durchgeführt worden. Ghana ist weltweit das 113. Land, das die Todesstrafe für alle Straftaten abschafft.



RÜCKKEHR NACH ZEHN JAHREN

Am 2. Juni 2023 wurde Massud Mossaheb im **Iran** freigelassen, tags darauf konnte er in seine Heimatstadt Wien zurückreisen. Der österreichisch-iranische Staatsbürger verbüsst zu Unrecht eine zehnjährige Haftstrafe, die in einem grob unfairen Gerichtsverfahren gegen ihn verhängt worden war. Ihm wurden vage formulierte Straftaten gegen die «Staatssicherheit» vorgeworfen. Der Generalsekretär der Österreichisch-Iranischen Gesellschaft war im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten worden, obwohl er an schweren Gesundheitsproblemen leidet.



FREIHEIT FÜR FOTOGRAFEN

Carlos Debiais wurde am 6. Juni 2023 endlich aus dem Gefängnis entlassen. Er war am 12. November 2021 in **Venezuela** festgenommen worden. Obwohl bereits im April 2022 eine Anordnung für seine Freilassung ausgestellt worden war, behielten ihn die Behörden weitere 15 Monate lang willkürlich in Haft. Der

Fotograf hatte im November 2021 in seinem Heimatbundesstaat Falcón mit einer Drohne Filmaufnahmen einer Erdölraffinerie gemacht, die sich im Besitz des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA befindet. Carlos Debiais wurde deswegen von Angehörigen des Sicherheitspersonals von PDVSA befragt, zu denen sich später Angehörige der Nationalgarde gesellten. Kurz darauf wurde er von der militärischen Spionageabwehr in Gewahrsam genommen.

ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE

In **Ghana** stimmte das Parlament am 25. Juli dafür, die Todesstrafe aus dem Gesetz über strafbare Handlungen und andere Verbrechen sowie aus dem Gesetz über die Streitkräfte



HISTORISCHES ZEICHEN GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT

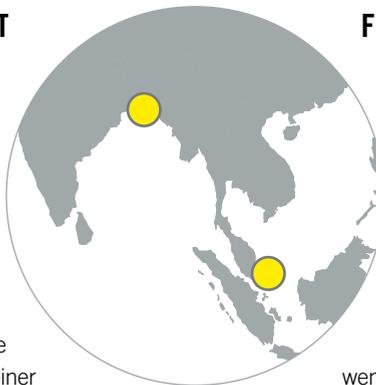
Das Repräsentantenhaus der **Niederlande** hat Anfang Juli für eine Änderung des Gesetzes über Sexualdelikte gestimmt, die eine auf dem Einverständnis basierende Definition von Vergewaltigung einführt. «Durch die Änderung unseres veralteten Gesetzes und die Anerkennung, dass Sex ohne Zustimmung eine Vergewaltigung ist, haben die Niederlande einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der weit verbreiteten sexualisierten Gewalt und zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz für die Betroffenen getan», sagte Dagmar Oudshoorn, Direktorin von Amnesty Niederlande. Mit diesem Gesetzesentwurf wird die Voraussetzung aufgehoben, dass eine Vergewaltigung mit körperlicher Gewalt, Bedrohung oder Nötigung einhergehen muss. Die Niederlande sind das siebzehnte europäische Land, das Sex ohne Zustimmung als Vergewaltigung anerkennt.



Als Minderjährige festgenommen wegen eines Webinars: Khadijatul Kubra.

STUDENTIN SEIT EINEM JAHR IN HAFT

BANGLADESCH Khadijatul Kubra war eine 17-jährige Studentin der Politikwissenschaften in Dhaka, Bangladesch, als sie im November 2020 für die Social-Media-Seite «Humanity for Bangladesh» ein Webinar durchführte. Fast zwei Jahre später, am 27. August 2022, wurde Khadijatul Kubra verhaftet und ins Kashimpur-Gefängnis gebracht. Die Polizei hatte auf Youtube eine Aufzeichnung des Webinars gesehen, die einer der Gastredner hochgeladen hatte. Seither wurden Khadijatuls Anträge auf Freilassung gegen Kaution mehrmals abgelehnt. Obwohl sie nach Angaben der Familie unter anderem Nierenprobleme entwickelt hat, wurde Khadijatul Anfang dieses Jahres in eine Zelle verlegt, die für zum Tode Verurteilte reserviert ist. Am 10. Juli 2023 vertagte die Berufsabteilung des Obersten Gerichtshofs ihre Kautionsanhörung um vier Monate mit der Begründung, dass sie in der Lage sein sollte, die Verantwortung für die in ihrem Webinar geäußerten Ansichten zu übernehmen.

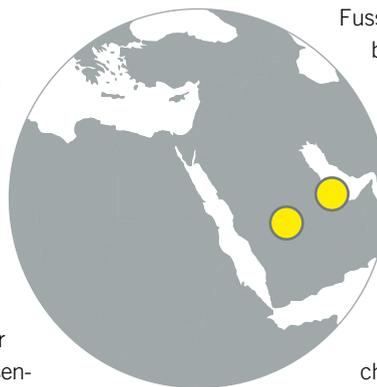


FRAU WEGEN DROGENDELIKTEN HINGERICHTET

SINGAPUR Saridewi Djamani wurde am 28. Juli in Singapur hingerichtet, weil sie eines Drogendelikts für schuldig befunden worden war. Es ist die erste bekannte Hinrichtung einer Frau in dem Land seit 2004. Ende März 2022 hatte Singapur nach einer zweijährigen Unterbrechung wieder angefangen, die Todesstrafe zu vollstrecken. Seither wurden 15 Menschen wegen Drogendelikten hingerichtet. In Singapur gelten drastische Gesetze, wenn es um Vergehen wie Drogenbesitz oder -handel geht. So ist gar die Todesstrafe vorgesehen, wenn die gehandelte Menge Diamorphin (Heroin) mehr als 15 Gramm beträgt. Singapur ist neben China, Iran und Saudi-Arabien eines von nur vier Ländern, in denen die Todesstrafe für Drogendelikte verhängt wird. Amnesty International fordert die Behörden in Singapur auf, Hinrichtungen im Namen der Drogenbekämpfung unverzüglich einzustellen.

TÖDLICHE SIPPENHAFT

SAUDI-ARABIEN Ein Spezialstrafgericht verurteilte am 10. Juli Muhammad al-Ghamdi aufgrund seiner Social-Media-Aktivitäten zum Tode: Der pensionierte Lehrer wurde vor den Augen seiner Kinder festgenommen und in ein Gefängnis gebracht, wo er vier Monate lang in Einzelhaft gehalten wurde und keinen Zugang zu einem Anwalt erhielt. Muhammad al-Ghamdi wurde wegen Konspiration verurteilt und weil er das Königshaus beleidigt habe. Al-Ghamdis Bruder Saeed bin Nasser al-Ghamdi, ein bekannter Islamwissenschaftler und Kritiker der saudischen Regierung, der im Ausland lebt, vermutet, dass sich das Urteil gegen ihn richte. Die saudischen Behörden gingen in den letzten Jahren zunehmend gegen Familienangehörige von Kritiker*innen im Ausland vor.



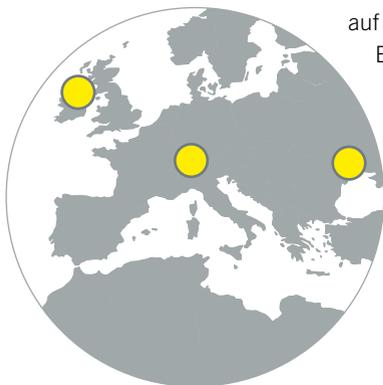
WARTEN AUF GERECHTIGKEIT

KATAR Hunderte von Arbeitsmigrant*innen, die bei der Fussball-WM 2022 von Menschenrechtsverletzungen betroffen waren, warten noch immer auf Entschädigung. Die Fifa und Katar wurden mehrfach darauf hingewiesen, dass die von Katar eingerichteten Entschädigungsmechanismen für viele Arbeiter*innen nicht zugänglich sind, weil sie sich bereits ausser Land befinden. Dennoch beharren der Weltfussballverband und die katarische Regierung darauf, dass das Verfahren ausreichend sei. Im März 2023 kündigte die Fifa an, dass sie eine Bewertung der menschenrechtlichen Folgen des Turniers vornehmen und dabei auch die Frage der Wiedergutmachung für Arbeitsrechtsverstöße behandeln würde. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen stehen bisher noch aus.

KONSERVATIVE SEXUALERZIEHUNG

NORDIRLAND In nordirischen Schulen wurde im Rahmen des Beziehungs- und Sexualkundeunterrichts Kindern beigebracht, dass Homosexualität «falsch» sei. Ein Bericht der nordirischen Menschenrechtskommission stellt fest, dass etwa ein Drittel der Schulen den Schüler*innen heterosexuelle Beziehungen nahelegt, da diese der «wichtigste» oder «ideale» Rahmen für Sex seien. Auch würden einige Schulen «zur Scham und zur Stigmatisierung von ungeplanten Schwangerschaften und von Schwangerschaftsabbrüchen beitragen». Die Kommission kam zum Schluss, dass die Mehrheit der Schulen in Nordirland keine «umfassende und wissenschaftlich korrekte» Beziehungs- und Sexualerziehung anböten – eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung des Rechts

auf Bildung und des Rechts auf Gesundheit. Ein aufgeschlossener Sexualunterricht spielt auch eine wichtige Rolle bei der Verhinderung von Missbrauch und sexualisierter Gewalt und bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.



SCHEINPROZESS GEGEN KRIEGSGEFANGENEN

UKRAINE/RUSSLAND Der ukrainische Menschenrechtsverteidiger Maksym Butkevych wurde am 22. August an einem Moskauer Gericht in einem Scheinprozess zu einer 13-jährigen Haftstrafe verurteilt. Vor dem Krieg hatte er eine NGO geleitet, die Geflüchteten

hilft, in der Ukraine Schutz zu finden, und war im Vorstand von Amnesty Ukraine aktiv. Nach dem Angriff Russlands meldete sich der bisherige Pazifist freiwillig bei den ukrainischen Streitkräften und wurde Kommandeur einer Einheit, die später von russischen Truppen gefangen genommen wurde. Seit her verleumdete ihn die russischen Medien und Behörden als Verbrecher, der Zivilpersonen angegriffen habe. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass Butkevych Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt war. Einem Kriegsgefangenen vorsätzlich ein faires Verfahren vorzuenthalten, stellt ein Kriegsverbrechen dar.



Maksym Butkevych

UNVERHÄLTNISSMÄSSIGE ZWANGSMASSNAHMEN

SCHWEIZ Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) kritisiert, dass Menschen bei Ausschaffungen unverhältnismässig gefesselt werden. In einem Bericht vom Juli hält die NKVF fest, dass Polizist*innen sich in der Regel respektvoll verhalten würden gegenüber Personen, die rückgeführt werden sollen. Allerdings komme es zu unnötigen und unverhältnismässigen Zwangsmassnahmen. Personen würden zum Teil gefesselt, auch wenn sie sich gar nicht gegen die Ausschaffung wehrten. Auch komme es immer wieder vor, dass Eltern vor den Augen ihrer Kinder gefesselt würden, was für die Kinder traumatisierend sein könne, schreibt die NKVF.

BRIEF AN DIE REDAKTION

AMNESTY 2/2023 Protest – Die Stimme der Veränderung

Liebes Redaktions-Team

Ich habe mich sehr gefreut über euer hilfreiches und gut durchdachtes Dossier, dessen Wichtigkeit leider in diesen Zeiten zunimmt. Gerne möchte ich aber ergänzen: «Stärke dich vorher und nachher selbst.» Manche Demonstrationserfahrungen können psychisch stark nachwirken. Dann ist es besonders wichtig, sich psychologische Unterstützung zu holen. Es ist ganz wichtig zu verstehen, dass nur gesunde Aktivist*innen sich längerfristig für ihre und die Rechte anderer einsetzen können. Deshalb ist Selbstfürsorge selbst auch Aktivismus.

SONJA BUCHMANN, ZÜRICH

NACHRUF

Wir trauern um Anton Landgraf

Mitten in den Sommerferien ereilte uns die erschütternde Nachricht, dass unser Redaktionskollege von Amnesty Deutschland, Anton Landgraf, unerwartet und viel zu jung gestorben ist. Seit acht Jahren bereits produzieren wir den Schwerpunkt der letzten Magazin-Ausgabe des Jahres gemeinsam mit unseren Kolleg*innen in Deutschland und Österreich. Bei dieser Zusammenarbeit und beim regelmässigen telefonischen Austausch hatten wir Anton Landgraf als äusserst hilfsbereiten Kollegen, überaus kompetenten Journalisten und engagierten Menschenrechtler kennengelernt. Anton beeindruckte durch sein breites Wissen, seine Fähigkeit zur politischen Analyse und seine sprachliche Brillanz. Für die Planung des gemeinsamen Dossiers trafen wir uns – ausser während der Covid-Pandemie – einmal pro Jahr in Berlin, Wien oder Bern persönlich. Dabei durften wir auch die private Seite von Anton kennenlernen: Mit ihm gab es immer viel zu lachen, und man konnte stundenlang über Politik, Fussball und Gott und die Welt debattieren.

Mit Anton Landgraf verlieren wir einen wunderbaren Menschen und eine wichtige Stimme im Kampf für die Menschenrechte. Wir trauern mit unseren Kolleg*innen in der Deutschen Sektion, die ihren Teamleiter, vor allem aber einen Freund verloren haben. Und wir trauern mit seinem Sohn und seiner Gattin, denen das Liebste genommen wurde. Redaktion AMNESTY-Magazin



AKTUELL _ IM BILD

Sechs Jahre ist es her, seit das Militär Myanmars eine Offensive gegen die Rohingya-Minderheit im Bundesstaat Rakhine startete. Hunderttausende Menschen flohen daraufhin nach **Bangladesch**, wo im grössten Flüchtlingslager der Welt, Cox's Bazar, inzwischen fast eine Million Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen leben. Zunehmende Restriktionen durch die Behörden und Gewaltakte von bewaffneten Gruppen verschlimmern die Lage. Im August kam es aufgrund der heftigen Monsunregen im Lager auch noch zu Erdbeben, die mindestens sechs Menschenleben forderten.

WO BLEIBT DIE MENSCHLICHKEIT?



© André Gottschalk

Alicia Giraudel ist Juristin und Verantwortliche für Asyl und Migration bei Amnesty International

In den Sommerferien habe ich bewusst darauf verzichtet, Medienberichte zu lesen. Meinem geistigen Wohlbefinden zuliebe brauche ich manchmal ein paar Tage Abstand von den Schreckensmeldungen, mit denen wir bei Amnesty International tagtäglich konfrontiert sind.

Doch als ich nach den Ferien die Zeitung aufschlug und die Geschichte von Fati Dosso und ihrer sechsjährigen Tochter Marie las, überkam mich tiefe Trauer. Das Bild der beiden hat sich in mein Gedächtnis eingebrannt. Noch heute kommen mir die Tränen, wenn ich daran denke, wie Fati zusammengebrochen am Boden liegt und sich der kleine Mädchenkörper auf dem heißen Sand an seine Mutter schmiegt. Die beiden sind verdurstet, weil jede Hilfe zu spät kam.

Fati Dosso und ihre Tochter starben in der tunesischen Wüste, wo Temperaturen von über 50 Grad herrschen. Sie waren nicht freiwillig dorthin gelangt: Sie wurden von den tunesischen Behörden an der Grenze zu Libyen ausgesetzt und dann dem Tod überlassen. Immer wieder werden Migrant*innen und Geflüchtete in Tunesien auf diese Weise deportiert. Warum nur diese Grausamkeit?

Diese unmenschliche Behandlung von Migrant*innen und Geflüchteten – nicht nur durch Tunesien – macht mich extrem wütend. Immer wieder ertrinken Geflüchtete im Meer, werden in menschenunwürdige Unterkünfte gepfercht, in Gefängnissen gefoltert – oder sogar in den Tod geschickt. Sie sind auf ihren Reisen Menschenhandel, Gewalt, Vergewaltigung und Versklavung ausgesetzt, weil Staaten in der Migrationspolitik und -praxis auf Abschreckung, Kriminalisierung und Diskriminierung setzen statt auf Schutz und Menschenrechte.

Wo bleibt da die Menschlichkeit? Wie viele schreckliche Bilder müssen noch um die Welt gehen, bevor unsere Regierungen endlich zum Schluss kommen, dass eine Abschottungspolitik keine Lösung sein kann?

Europa kann seine Hände nicht in Unschuld waschen! Die europäischen Staaten versuchen immer wieder, die Verantwortung für die Migrant*in-

nen und Geflüchteten, die aus Regionen südlich der Sahara kommen, an die afrikanischen Mittelmeer-Anrainerstaaten zu delegieren, um die Menschen davon abzuhalten, nach Europa zu gelangen und hier ihre Schutzgesuche zu stellen. Statt gemeinsam mit den Regierungen Nordafrikas nach menschenrechtskonformen Lösungen zu suchen, hat die EU im Juli dieses Jahres eine Absichtserklärung unterschrieben, die Tunesien unter anderem finanzielle und technische Unterstützung zusichert, um Migration nach Europa zu verhindern. Die Vereinbarung wurde ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft ausgehandelt, und es fehlen darin entscheidende Menschenrechtsschutzmechanismen. Dieses Abkommen wird zu einer gefährlichen Ausweitung der bereits gescheiterten europäischen Migrationspolitik führen, und es signalisiert, dass die EU das zunehmend repressive Verhalten der tunesischen Regierung nicht nur duldet, sondern aktiv ermutigt. Die EU-Staats- und -Regierungschef*innen setzen somit einmal mehr auf Massnahmen, die eine grobe Missachtung grundlegender Menschenrechte darstellen.

Wir müssen lernen, dass wir nichts verlieren, wenn wir geben. Wir müssen den Diskurs um Migration ändern und endlich einsehen, dass alle Menschen Rechte haben – egal, woher sie kommen, egal, wohin sie wollen. Indem wir tatenlos zusehen, wie Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Gewalt und Krieg sterben, lassen wir zu, dass sich der Diskurs um Migration weiterhin bloss um die eigenen Ängste und Interessen dreht. Wir lassen zu, dass diejenigen, die Geflüchtete aus dem Meer retten, kriminalisiert werden. Eigentlich sollten wir für sichere Fluchtwege und für mehr Resettlement-Plätze sorgen. Wir sollten die für Menschenrechtsverbrechen an Migrant*innen Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Und wir sollten Migrant*innen endlich als Menschen wie dich und mich betrachten und so an unsere Menschlichkeit appellieren. Tragödien wie der vermeidbare Tod von Fati Dosso und ihrer Tochter Marie dürfen sich nicht wiederholen!

Gesundheit ist ein Menschenrecht, kein Privileg

Seit Beginn des Millenniums hat sich die Gesundheit der Weltbevölkerung erheblich verbessert. Doch noch immer haben weltweit unzählige Menschen keinen Zugang zu einer angemessenen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung. Das betrifft nicht nur Menschen in Ländern des globalen Südens. Auch im reichen Norden führen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, des Aufenthaltsrechts oder eingeschränkte finanzielle Ressourcen dazu, dass das Recht auf Gesundheit sehr ungleich verteilt ist. Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht und muss daher höchste Priorität erhalten.





Einblicke in das Recht auf Gesundheit

Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht. Was aber umfasst dieses Recht, wer schützt es, und wo liegen die Herausforderungen unserer Zeit – hierzulande und im globalen Süden? Wir haben diese Fragen vier Expert*innen aus unterschiedlichen Arbeitsgebieten gestellt.

Von Manuela Reimann Graf

Das Recht auf Gesundheit ist völkerrechtlich verankert (siehe Seite 14). Was heisst das genau und wer ist für den Schutz dieses Rechts verantwortlich? Welche Ansprüche leiten sich für das Individuum daraus ab?

Prof. Dr. Michael Krennerich, *Wissenschaftlicher Leiter des Center for Human Rights der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:*

«Die Grundidee des Menschenrechts auf Gesundheit ist, dass der Staat – als vorrangiger Träger menschenrechtlicher Pflichten – die Gesundheit der Menschen nicht beeinträchtigt, diese vor Eingriffen schützt und Massnahmen für gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen ergreift. Vor allem sollen die Menschen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben, die diskriminierungsfrei und erschwinglich ist. Inwieweit sich ein solcher Zugang nicht nur politisch einfordern, sondern auch juristisch einklagen lässt, hängt indes stark vom nationalen Rechtssystem ab.»

Daniela Varga, *Gesundheitsexpertin bei Amnesty Schweiz:*

«Das Recht auf Gesundheit begründet keinen Anspruch auf Gesundheit, denn das könnte kein Staat garantieren. Die Staaten haben aber Unterlassungs-, Schutz- und Leistungspflichten; so sind sie verpflichtet, Gesundheitsschädigungen zu unterlassen – dazu gehören auch die Verschmutzung und die Zerstörung der Umwelt. Und sie müssen Menschen vor Schädigungen durch Dritte – Unternehmen wie Privatpersonen – schützen. Das Recht auf Gesundheit verbietet ausserdem medizinische Experimente, Zwangsdiagnosen oder Zwangstherapien. Staaten dürfen den Zugang zu ge-

sundheitlichen Dienstleistungen nicht verhindern und Gesundheitsinfrastrukturen nicht zerstören. Und natürlich muss eine umfassende Gesundheitsversorgung bereitgestellt werden. Dazu gehört auch der Zugang zu Informationen, damit die Menschen die Möglichkeit haben, informierte Entscheidungen über ihre Gesundheit zu treffen.»

Es sind also in erster Linie die Staaten, die in der Pflicht sind. Gerade im globalen Süden kann diese Aufgabe jedoch oft nicht wahrgenommen werden. Wo sehen Sie die Hauptherausforderungen?

Mtafu Chirwa, *Klinikdirektor und Gesundheitsexperte für Reproduktionsmedizin, Malawi:*

«Die Grenzen des Rechts auf Gesundheit liegen vor allem beim Zugang zu Gesundheitsdiensten und bei der ungerechten Verteilung. Dazu kommt der Mangel an gut ausgebildetem Gesundheitspersonal und medizinischem Material. Die schlechte Infrastruktur und die unzureichende Ausrüstung sind vor allem im globalen Süden grosse Herausforderungen. So ist es in Malawi beispielsweise wichtig, dass Malaria-kranken zur nächsten Gesundheitsstation nicht zu weit gehen müssen, dort dann auch getestet werden können und die passende Behandlung erhalten.»

Während der Covid-Pandemie dauerte es unglaublich lange, bis Impfstoffe in den Ländern des Südens ankamen. Wenn die reichen Länder schneller handeln und rascher nötige medizinische Mittel liefern würden, könnten viel mehr Menschen ihr Recht auf Gesundheit wahrnehmen.»

Monika Christofori-Khadka, *Gesundheitsexpertin beim Schweizerischen Roten Kreuz:*

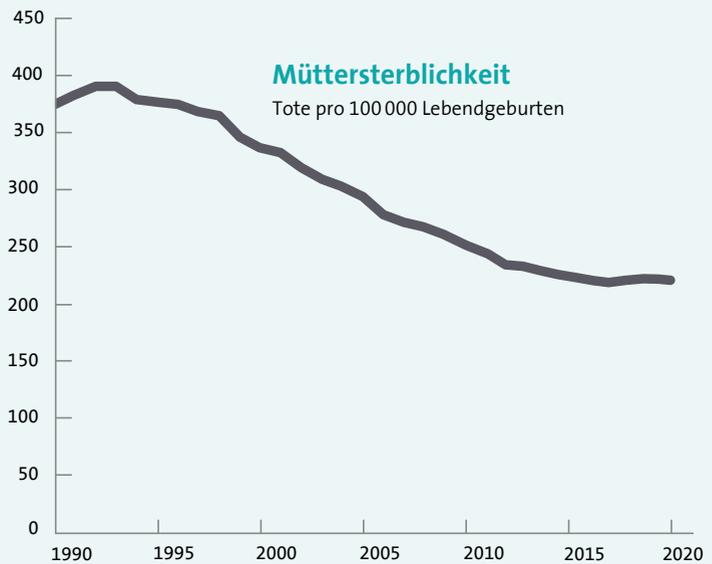
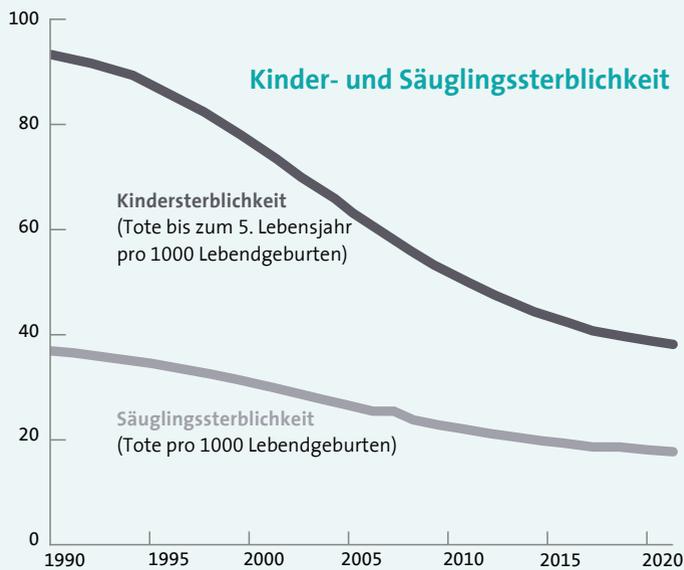
«Besonders einschneidend eingeschränkt sind in vielen Ländern – nicht nur im globalen Süden – die Rechte betreffend die sexuelle und reproduktive Gesundheit. In konservativ geprägten Ländern wurden diese Rechte in den vergangenen Jahren eher beschnitten als erweitert. Dies betrifft vor allem die Familienplanung, Schwangerschaftsabbrüche und die Rechte von LGBTI*-Personen.»

Wo sind die Hauptdefizite in der Schweiz angesiedelt?

Monika Christofori-Khadka:

«Bei uns ist weniger die Infrastruktur oder das Geld massge-

WELTGESUNDHEIT IN ZAHLEN GROSSE ERFOLGE



Die Weltgesundheit hat in den letzten Jahrzehnten einige Fortschritte gemacht. Die weltweite Lebenserwartung bei der Geburt stieg von 67 Jahren im Jahr 2000 auf 73 Jahre im Jahr 2019. Insbesondere die Kindersterblichkeit ist massiv zurückgegangen. Auch die weltweite Müttersterblichkeitsrate sank zwischen 2000 und 2015; dieser Trend ist nun aber einer Stagnation gewichen, insbesondere gibt es grosse regionale Unterschiede.

Quellen: World Health Organization: World health statistics 2023: monitoring health for the SDGs, sustainable development goals. Und: Goal 3: Ensure healthy lives and promote well-being for all at all ages. www.un.org/sustainabledevelopment/health/

bend, Ungleichheiten sind aber gleichermassen eine Herausforderung. So haben Sans-Papiers das Recht auf eine Behandlung in einem gesundheitlichen Notfall, ein Recht auf Anschlussbehandlungen innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems besteht aber nicht. Und Menschen mit Behinderungen müssen teilweise hohe administrative Hürden überwinden, damit Gesundheitskosten übernommen werden. Gerade für Migrant*innen ist es oft schwer, sich im System zurechtzufinden und ihr Recht auf Gesundheit geltend zu machen. Kantonale Unterschiede in der Gesundheitsversorgung verstärken Ungleichheiten.»

Die Schweiz ist verschiedenen wesentlichen Fakultativprotokollen und weiteren Abkommen der Uno, die das Recht auf Gesundheit konkretisieren, nicht beigetreten. Was bedeutet das?

Daniela Varga:

«Die Schweiz sieht in den meisten sozialen Menschenrechten – so auch im Recht auf Gesundheit – rein programmatische Ziele und verhindert damit die Möglichkeit einer Individualbeschwerde; Einzelpersonen können Verletzungen des Rechts auf Gesundheit also nicht direkt einklagen. Die Schweiz erfüllt das Recht auf Gesundheit, wie es in diesen Abkommen festgeschrieben ist, somit in vielen Bereichen nur ungenügend. Beispielsweise ist der Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit sehr eingegrenzt, und Betroffene erhalten häufig keine passende Behandlung.»

Global betrachtet hat die Weltgesundheit in den letzten Jahrzehnten grosse Fortschritte gemacht, wie die WHO festhält. Die

Kinder- und Müttersterblichkeit geht zurück, ebenso die Zahl der Menschen, die an ansteckenden Krankheiten sterben. Sind die Expert*innen optimistisch oder zumindest hoffnungsvoll?

Mtafu Chirwa:

«Die globale Gesundheit hat sich im Laufe der Jahre in vielen Bereichen erheblich verbessert – auch in Malawi. So ist die Säuglingssterblichkeit zurückgegangen. Aber Malawi hat weiterhin eine der höchsten Müttersterblichkeitsraten weltweit. Die schwindende finanzielle Unterstützung des Landes für den Gesundheitssektor verschärft die Situation.

Insgesamt nimmt im globalen Süden die Krankheitslast für die Bevölkerung aber eher zu. Immer mehr Menschen sterben an nicht übertragbaren Krankheiten wie Bluthochdruck, Diabetes mellitus usw. Die Information und Prävention wie auch eine richtige und ausreichende Behandlung fehlen.»

Michael Krennerich:

«Trotz der Fortschritte ist es nach wie vor ein untragbarer Zustand, wie viele Menschen weltweit unter gesundheitsschädlichen Bedingungen leben und arbeiten und wie viele an vermeidbaren und heilbaren Krankheiten sterben, weil sie keinen angemessenen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben oder sich diese nicht leisten können. Da fällt es mir schwer, optimistisch zu sein.»

Was ist zu tun, damit mehr Menschen in den Genuss ihres Rechts auf Gesundheit kommen?

Monika Christofori-Khadka:

«Die Wissenschaft macht grosse Fortschritte, und der Zugang zu Gesundheitsdiensten und Medikamenten ist um

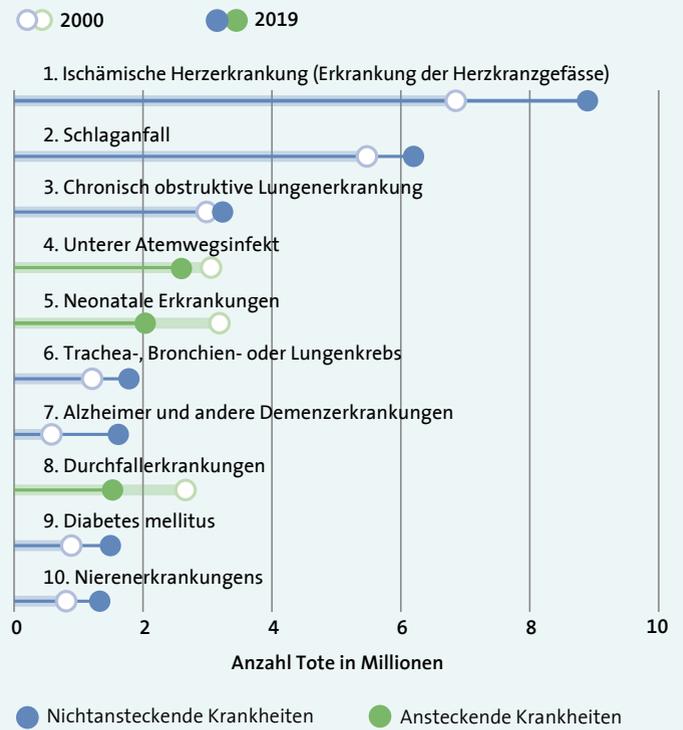
vieles besser geworden, nur leider nicht für alle Menschen. Und wenn wir nicht genügend Gesundheitsfachkräfte haben, wird niemand die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Fortschritte zur Anwendung bringen. Wertschätzung, gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sind wichtig, damit auch in abgelegenen Gebieten eine gute Gesundheitsversorgung erfolgen kann und die Fortschritte nicht rückgängig gemacht werden. Trotz digitaler Entwicklungen und künstlicher Intelligenz ist und bleibt das Gesundheitspersonal zentral. Wir wüssten ja eigentlich, wo und wie die Weltgesundheit verbessert werden kann. Bestehende Ungleichheiten nachhaltig anzugehen, verlangt viel Kreativität, Engagement und auch eine Entwicklung weg von der «persönlichen Gesundheit» hin zur globalen Gesundheit.»

Prof. Dr. Krennerich:

«Eine umfassende, hochwertige Gesundheitsversorgung ist zwar teuer. Doch kann Ressourcenmangel nicht als Entschuldigung dafür dienen, untätig zu bleiben. Hier gilt es Prioritäten zu setzen und auf Grundlage der verfügbaren und mobilisierbaren Ressourcen wirksame Massnahmen zu ergreifen, um das Recht auf Gesundheit für alle so gut wie möglich umzusetzen.»

WELTGESUNDHEIT IN ZAHLEN GROSSE SORGEN

Nichtansteckende Krankheiten – Todesursache Nummer eins



Nichtübertragbare Krankheiten (NCD) fordern jedes Jahr 41 Millionen Todesopfer, was 74 % aller Todesfälle weltweit entspricht. 17 Millionen der an NCD Verstorbenen waren unter 70 Jahre alt. 86 % dieser Todesfälle ereignen sich in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen. Einer der Hauptrisikofaktoren für NCD ist schlechte Ernährung, insbesondere in den ersten Lebensjahren. Hauptursachen für den Anstieg sind die höhere Lebenserwartung und das Wachstum der Weltbevölkerung.

Quellen: World health statistics 2023; monitoring health for the SDGs; Sustainable Development Goals; World Health Organization 2023

Das Recht auf Gesundheit im Völkerrecht

Bereits 1948 wurde in Artikel 25 der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR)** das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschliesslich ärztlicher Versorgung sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Krankheit und Invalidität festgehalten. Expliziter geht der internationale **Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte** von 1966 (Uno-Sozialpakt) auf die Gesundheitsrechte ein: Artikel 12 anerkennt das Recht eines jeden Menschen auf körperliche und geistige Gesundheit. Die Schweiz ist dem Pakt 1992 beigetreten. Das **Zusatzprotokoll** vom 10. 12. 2008 enthält eine weitgehendere Stärkung des Menschenrechtsschutzes: Einzelpersonen oder Personengruppen, die ihre Rechte verletzt sehen, haben die Möglichkeit der Individualbeschwerde vor dem Fachausschuss der Vereinten Nationen. 46 Uno-Mitgliedsstaaten haben das Protokoll unterzeichnet. 27 haben es ratifiziert. Die Schweiz hat das Protokoll nicht unterschrieben.

In weiteren Uno-Konventionen wie der Antirassismus-Konvention, der Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau, der Kinderrechtskonvention oder der Behindertenrechtskonvention wird das Recht auf Gesundheit der Betroffenen ebenfalls bekräftigt und auch konkretisiert, indem Massnahmen zum Erlangen des Rechts postuliert werden. Auch regionale Menschenrechtsabkommen enthalten das Recht auf Gesundheit.

Die **Weltgesundheitsorganisation WHO** postuliert in der Präambel ihrer Verfassung ein grundlegendes Recht eines jeden Menschen auf «einen höchstmöglichen Standard an Gesundheit». Gesundheit definiert die WHO als «einen Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens» und nicht nur als «das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen». Von einigen Expert*innen wird dies als zu umfassend kritisiert, da der Begriff «Wohlergehen» (wellbeing) interpretierbar sei.



© Maria Korneeva/Getty Images

Frauen werden oft medizinisch schlechter behandelt als Männer. Schuld sind Vorurteile und mangelndes Wissen über weibliche Körper. Doch es tut sich was.

Von Natalie Wenger

Lina Chopra* erduldet drei Jahre lang jeden Monat starke Schmerzen. «Wenn ich während meiner Tage auf die Toilette musste, hatte ich stechende Schmerzen und Krämpfe. An gewissen Tagen hielt ich es kaum aus», sagt sie. Lange sah sie davon ab, ihre Ärztin zu kontaktieren. «Ich dachte, solche Schmerzen seien vielleicht normal. Ich hatte Angst, als Memme zu gelten.»

So wie Lina geht es vielen Frauen. Studien zeigen, dass insbesondere jüngere Frauen ihre Beschwerden wenig ernst nehmen oder zuwarten, bis sie sich untersuchen lassen. Ein Grund dafür sind geschlechtsspezifische Vorurteile, die in der Medizin tief verankert sind und die das Recht auf Gesundheit von allen Menschen, die sich als Frauen identifizieren, stark beeinträchtigen. Laut Cathérine Gebhard, Kardiologin und Expertin für Gendermedizin am Inselspital in Bern, wurden Geschlechtsunterschiede in der Forschung, der Prävention und der Behandlung von Patient*innen lange ignoriert – mit teilweise fatalen Auswirkungen. So werden Schmerzen bei Frau-

en bis heute eher auf emotionale oder psychologische Ursachen zurückgeführt als auf physische – und entsprechend mit Beruhigungsmitteln und Antidepressiva behandelt statt mit schmerzstillenden Medikamenten. Eine Studie aus dem Jahr 2018 ergab, dass Ärzt*innen Männer mit chronischen Schmerzen häufig als «tapfer» ansehen, Frauen mit chronischen Schmerzen dagegen als «emotional» oder gar «hysterisch». Eine weitere im Jahr 2018 durchgeführte Umfrage der Universität Florida unter Ärzt*innen und Zahnärzt*innen kam zu ähnlichen Ergebnissen: Viele dieser Fachleute glaubten, dass Frauen ihre Schmerzen übertreiben.

Ähnliches erlebte auch Lina. Als sie ihre Gynäkologin endlich auf ihre Beschwerden ansprach, tat die Ärztin diese als normale Regelschmerzen ab und verzichtete auf weitere Untersuchungen. «Ich fühlte mich überhaupt nicht ernst genommen», sagt Lina. Statt ihr zuzuhören, kommentierte die Gynäkologin bloss Linas Gewicht. «Ich hatte während kurzer Zeit etwas zugenommen. Wie sich später herausstellte, war dies auf eine Schilddrüsenunterfunktion zurückzuführen.»

Lina begann, mit Freund*innen darüber zu sprechen und selbst zu recherchieren. Obwohl ihre Symptome nicht zu

*Name von der Redaktion geändert

hundert Prozent mit den üblichen Diagnosen übereinstimmen, wuchs ein Verdacht: Endometriose, eine krankhafte Gewebewucherung an Eierstöcken, im Becken- oder Bauchbereich. «Ich wollte mich direkt in einer Endometriose-Klinik anmelden, war mir aber nicht sicher, ob meine Schmerzen dafür stark genug waren. Deshalb wartete ich zu», sagt Lina. Doch dann landete sie im Notfall.

Von der Forschung ignoriert | Obwohl laut der Weltgesundheitsorganisation WHO weltweit jede zehnte Frau von Endometriose betroffen ist, bleibt die Krankheit oft unerkannt. Im Schnitt vergehen sieben bis neun Jahre, bis eine Endometriose diagnostiziert wird. Und das, obwohl die Krankheit die Lebensqualität der Betroffenen stark beeinträchtigt und zu Unfruchtbarkeit führen kann.

Nicht nur bei frauenspezifischen Beschwerden warten Betroffene lange auf die richtige Behandlung. Eine britische Studie ergab, dass Frauen deutlich länger auf eine Krebsdiagnose warten müssen als Männer. «Zudem haben Frauen mit

Der Nationalrat verlangt, dass die Nachteile des Frauseins in der Medizin behoben und frauenspezifische Krankheiten besser erforscht werden.

Herz-Kreislaufkrankungen weniger gute Chancen als Männer, intensivmedizinisch betreut zu werden», sagt Cathérine Gebhard. Vor allem jüngere Frauen müssten deutlich kränker sein als gleichaltrige Männer, um auf die Intensivstation aufgenommen zu werden, wie eine Schweizer Studie von 2021 herausfand.

Lina wachte eines Nachts mit unerträglichen Schmerzen auf. Sie fuhr in den Notfall. «Ich hatte gehofft, dass mir hier jemand zuhört», sagt Lina. Doch der Notfallaufenthalt entwickelte sich zur Katastrophe. Es begann damit, dass der zuständige Pfleger nicht glaubte, dass sie halbprivat versichert sei. «Ich hatte das Gefühl, beurteilt und in eine Klasse eingeteilt zu werden – ob wegen meines Alters, meines Geschlechts oder meiner Hautfarbe kann ich nicht sagen», sagt Lina. Der zuständige Arzt fragte Lina dann mehrfach, ob sie ihrem Partner auch treu gewesen sei – Geschlechtskrankheiten könnten oft zu Problemen beim Harnlassen führen. Es wurden mehrere Tests durchgeführt, doch wirklich verstanden fühlte sich Lina nicht. «Statt mich genauer zu untersuchen, kommentierte der zuständige Arzt nur die Grösse meines Bauchbereichs», sagt sie. «Die Bemerkung verletzte mich. Ich habe nicht das Ge-

fühl, dass der Arzt diesen Kommentar gemacht hätte, wenn ich ein Mann gewesen wäre.» Da die Ärzt*innen keine Diagnose stellen konnten, wurde Lina aus dem Notfall entlassen – noch immer mit starken Schmerzen.

Ein Grund für die Diskriminierung von Frauen in der Medizin ist die Tatsache, dass der Mann lange als medizinischer Prototyp galt. Männer galten als die besseren Versuchspersonen, weil sie keine Menstruationszyklen haben und nicht schwanger werden können. Während eines Grossteils der dokumentierten Medizingeschichte wurden Frauen von der medizinischen Forschung ausgeschlossen. Das Wissen über die weibliche Biologie konzentrierte sich auf deren Fähigkeit – und Pflicht – zur Fortpflanzung.

«Medikamentenstudien wurden lange Zeit überwiegend an Männern durchgeführt, wodurch viele Medikamente auf Männer optimiert sind», sagte Cathérine Gebhard. Dies hatte zur Folge, dass schwere, unerwünschte Nebenwirkungen bei Frauen fast doppelt so wahrscheinlich sind. Anlass für den Ausschluss von weiblichen Testpersonen war unter anderem die Furcht vor Schäden am Kind nach dem Contergan-Skandal in den 1960er-Jahren, als viele Kinder mit Fehlbildungen zur Welt kamen, weil die Mütter während der Schwangerschaft das Schlafmittel Contergan eingenommen hatten.

Dass Frauen systematisch aus der medizinischen Forschung ausgeschlossen wurden, hatte fatale Folgen in der Praxis. So galt der Herzinfarkt lange als typische Männererkrankung. Wenn eine Frau einen Herzinfarkt erlitt, wurde dieser deshalb oft erst spät erkannt und behandelt. Denn bei einem Herzinfarkt verspüren Frauen neben dem typischen Brustschmerz oft weitere Symptome wie Bauchschmerzen, Übelkeit und Erbrechen, die dann fehlgedeutet werden.

Gendermedizin auf dem Vormarsch | Eine solche Fehldiagnose erlebte auch Lina. Doch sie liess sich nicht unterkriegen und wechselte ihre Gynäkologin. Die neue Ärztin verwies sie an einen Spezialisten. Ihr Verdacht auf Endometriose wurde bestätigt. Lina ist der Meinung, dass Krankheiten, die Frauen betreffen, ernster genommen werden müssen und dass Ärzt*innen sich in gewaltfreier Kommunikation üben sollten. «Wie sie mit mir sprachen, war ziemlich unsensibel», sagt sie.

«Gerade bei der Kommunikation fehlt oft die Sensibilisierung auf Geschlechterunterschiede», bestätigt Cathérine Gebhard. So sei bekannt, dass Frauen ausführlicher erzählen und später auf den Punkt kommen würden. Viele Ärzt*innen würden bereits nach wenigen Sekunden unterbrechen, obwohl sie die Kernpunkte dann oft noch nicht gehört hätten, und so eine Fehldiagnose riskieren. Laut Gebhard würden nicht nur Frauen von einem genderspezifischen Ansatz pro-

fitieren. «Essstörungen, Depressionen oder Osteoporose werden beispielsweise immer noch als typische Frauenkrankheiten wahrgenommen», sagte Cathérine Gebhard. Das führe dazu, dass diese Erkrankungen bei Männern seltener diagnostiziert und adäquat behandelt würden. Auch non-binäre und trans Personen, deren Diagnosen und Behandlungen oft von Diskriminierung beeinträchtigt sind, würden von gendersensitiven Ansätzen in der Medizin profitieren.

Es dauerte lange, bis Behörden, medizinische Zeitschriften und Ethikkommissionen begannen, darauf zu bestehen, dass bei Forschungsstudien Männer und Frauen gleichermassen repräsentiert sind. «Mittlerweile haben Forschende jedoch erkannt, dass Männer und Frauen oft unterschiedlich erkranken und eine geschlechtssensitive Behandlung und Medikamentendosierung benötigen», sagt Gebhard. Dies auch aufgrund der Covid-Pandemie, bei der Männer im Schnitt schwerer an Covid-19 erkrankten als Frauen.

Heute verlangt Swissethics, die Dachorganisation der kantonalen Ethikkommissionen, dass in Studien beide Geschlechter vertreten sind. Für den Einbezug von schwangeren Frauen gibt es spezifische Richtlinien, die die Sicherheit des ungeborenen Kindes gewährleisten sollen.

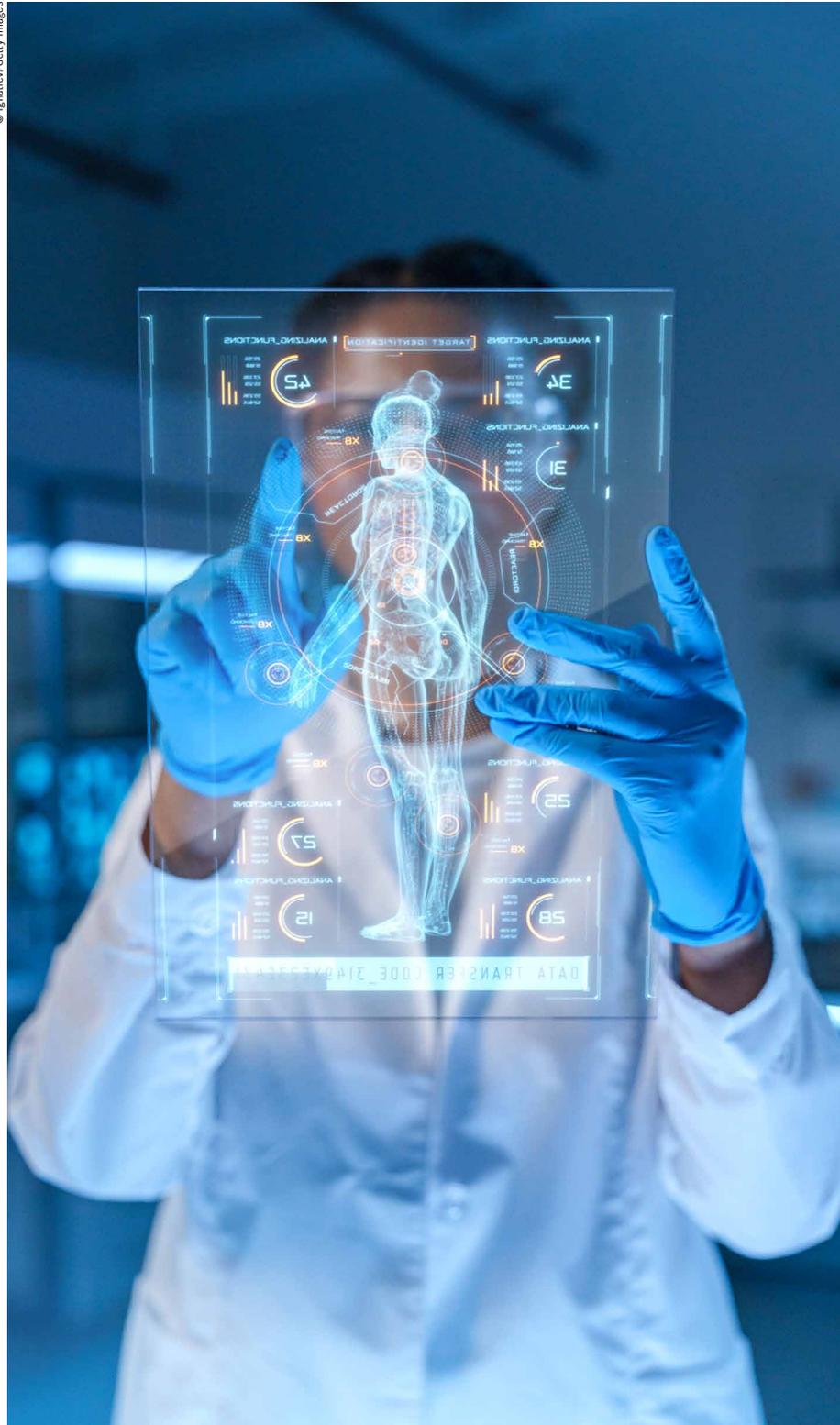
Um die Geschlechterunterschiede in der Medizin besser zu verstehen, haben mehrere Schweizer Universitäten die Lehre und die Forschung im Bereich Gendermedizin intensiviert. Ab nächstem Jahr gibt es auch ein Nationales Forschungsprogramm im Bereich Gendermedizin in der Schweiz.

Auch die Politik wurde aktiv: Der Nationalrat verlangt, dass die Nachteile des Frauseins in der Medizin behoben und frauenspezifische Krankheiten besser erforscht werden. «Wir gehen in die richtige Richtung», sagt Gebhard, «aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns, bis ein geschlechtersensibler Ansatz in der Medizin breit akzeptiert und auch in der Praxis eingebunden ist.»

Lina erhielt endlich die nötige Behandlung und unterzog sich einem Eingriff, bei dem die Endometrioseherde im Unterbauch entfernt wurden. «Die Operation zeigte sofort Wirkung», sagte Lina. Gemeinsam mit ihrem Partner konnte sie endlich ihren Kinderwunsch verfolgen. Mit Erfolg: Lina ist schwanger und kann es kaum erwarten, Mutter zu werden. |

Lange Zeit galt der männliche Körper als Prototyp in der Medizin. Doch immer mehr Forscher*innen widmen sich nun den Eigenheiten des weiblichen Körpers.

© Ignatiev/Getty Images



Rassismus im weissen Kittel

Im Gesundheitswesen halten sich rassistische Vorurteile hartnäckig. Diese können zu Fehldiagnosen, verspäteter oder falscher Behandlung führen – mit gravierenden Folgen für die Patient*innen. Von Olalla Piñeiro Trigo

Als der Medizinstudent Chidiebere Ibe eine Zeichnung eines Schwarzen Fötus in einem Schwarzen Mutterleib online stellte, sorgte er für einen Medienwirbel. Der junge Nigerianer hatte sich darüber gewundert, dass in den medizinischen Lehrbüchern keine Darstellungen von Schwarzen Menschen zu finden waren. Mit seiner Zeichnung wollte er das ändern; damit stiess er eine längst notwendige Debatte über die Problematik von Rassismus im Gesundheitssystem an.

Rassifizierte Menschen werden in der medizinischen Forschung systematisch ausgeschlossen, wie zahlreiche Untersuchungen zeigen. So zeigt eine 2021 veröffentlichte US-Studie, dass nur 16 Prozent der Proband*innen in klinischen Tests People of Color sind, obwohl sie mehr als 39 Prozent der Bevölkerung der USA ausmachen. Schwarze und lateinamerikanische Bevölkerungsgruppen sind besonders stark unterrepräsentiert, wie aus dem jüngsten Bericht der US-amerikanischen Behörde für Lebens- und Arzneimittel (FDA) hervorgeht. Dieser Mangel an Vielfalt bei den Proband*innen hat denn auch Konsequenzen bei der Behandlung von People of Colour.

Auch medizinische Hilfsmittel sind oft nicht angepasst. So hat der britische Gesundheitsdienst NHS davor gewarnt, dass bei dunklen Hauttypen die Ergebnisse des Pulsoximeters, der den Sauerstoffgehalt im Blut misst, zu hoch ausfallen. Diese Verzerrung, die mit bestimmten Hauttönen zusammenhängt, verhindert somit die Erkennung möglicher Atemprobleme.

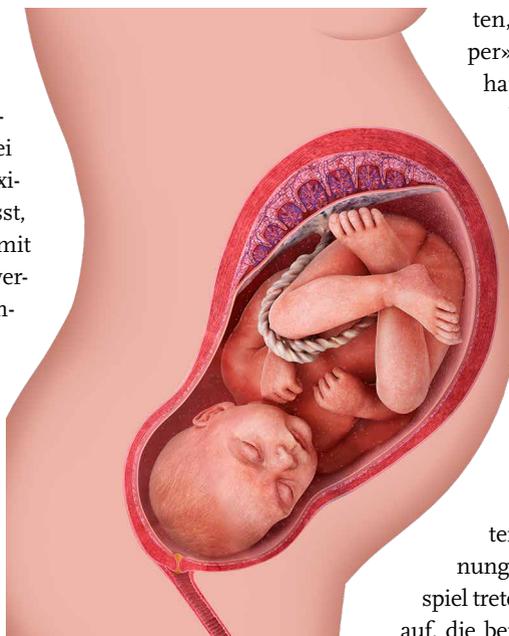
Mehrere Studien der französischen Soziologin Dorothee Prud'homme zeigen diskriminierende Praktiken gegenüber Roma-Patient*innen. Kulturelle Stereotypen wirken sich insbesondere auf die Be-

Weisse Körper sind in der medizinischen Forschung die Norm: Die Mehrheit der medizinischen Darstellungen zeigt weiße Menschen.

handlung von schwangeren Frauen aus: Wenn eine jugendliche Romni schwanger ist, fragen Ärzt*innen nicht, ob das Kind erwünscht oder die Folge einer Vergewaltigung ist, mit der Begründung, dass es in ihrer «Kultur» liege, in jungen Jahren Kinder zu bekommen. Dieser vermeintliche kulturelle Unterschied führt dazu, dass Gynäkolog*innen häufig davon absehen, den Romnja Verhütungsmittel anzubieten, obwohl sie eigentlich danach verlangen würden.

Fehldiagnosen mit Folgen | «Rassistische Vorurteile sind schwer zu erkennen, da sie oft unbewusst sind. Die Menschen klammern sich an Stereotypen, besonders in einer Stresssituation. Deshalb ist die Ärzteschaft besonders gefährdet», sagt Professor Patrick Bodenmann. Der Leiter der Abteilung Vulnerabilitäten und Sozialmedizin bei Unisanté gibt zu, dass er selbst auch nicht immer über die eigene Voreingenommenheit erhaben sei. Er berichtet von einer Studie mit verschleierte Frauen, die erklärten, dass sie «Schmerzen im Körper» hätten. «Wir dachten, es handle sich um ein allgemeines Unwohlsein oder eine Depression aufgrund der Traumata des Balkankriegs in den 1990er-Jahren. Bis ein Kollege einen Bluttest machte und einen Vitamin-D-Mangel feststellte», sagt Bodenmann.

Manche Krankheiten verlaufen bei Menschen mit verschiedenen Hautfarben auf unterschiedliche Weise. Gerade Hautkrankheiten haben oft andere Erscheinungsbilder. Bei Ekzemen zum Beispiel treten bei weisser Haut rote Flecken auf, die bei Schwarzer Haut schwerer zu



© Science Photo Library SPL/DK Images/Keystone

erkennen sind. Diese Unkenntnis kann zu Fehldiagnosen führen. «Ich kenne Leute, die ausschliesslich Schwarze Dermatolog*innen aufsuchen oder solche, die auf diese Thematik sensibilisiert sind», sagt Miguel Shema, Medizinstudent und Gründer des Instagram-Accounts «Santé & Politique».

Verbündete des Kolonialismus | Miguel Shema wurde während seiner Praktika mehrmals Zeuge von Rassenbias, also von einer systematisch verzerrten Wahrnehmung. So auch bei einer nordafrikanischen Patientin, die unter Kieferschmerzen litt. «Das Elektrokardiogramm zeigte klare Anzeichen eines Herzinfarkts. Die Chefarztin wollte aber weitere Ergebnisse abwarten, da sie annahm, dass es sich um ein «mediterranes Syndrom» handle. Nur dank des Eingreifens einer anderen Führungskraft wurde die Patientin schliesslich korrekt behandelt», sagt er. Auch die starken Bauchschmerzen der Französin Naomi Musenga wurden nicht ernst genommen, als diese den Notarzt rief: Sie starb fünf Stunden später, weil sie nicht richtig behandelt wurde.

Mit dem «mediterranen Syndrom» wird die Vorstellung bezeichnet, dass aus dem Maghreb stammende Menschen Schmerzen übertrieben würden, da sie sie dramatischer ausdrücken würden, fasst Delphine Pereittis-Courtis, eine französische Historikerin mit Schwerpunkt Kolonialmedizin und Autorin des Buches «Corps noirs et médecins blancs» (Schwarze Körper und weisse Ärzte), zusammen. Diese fatale falsche Annahme wurde dann auf Menschen aus Subsahara-Afrika und aus dem Mittelmeerraum ausgeweitet. «Krankheiten allein auf kulturelle Faktoren zurückzuführen, lässt jegliche wissenschaftliche Grundlage ausser Acht», kritisiert Miguel Shema.

Solche rassistischen Vorurteile sind ein Erbe der Kolonialzeit. «Als Ärzt*innen nach Afrika reisten, entwickelten sie rassistische biologische Theorien, deren Verbreitung im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte. Schwarze Menschen hatten ihrer Meinung nach einen widerstandsfähigeren Körper, weil die Sonne und die Sklaverei ihre Körper gestärkt hätten», sagt Delphine Pereittis-Courtis. Sie erinnert daran, dass die Medizin eine Verbündete der Kolonialpolitik war und es ermöglichte, die Ausbeu-

tung von Arbeitskräften zu rechtfertigen. Als Folge dieser kolonialistischen Theorien werden Schwarzen Menschen bis heute weniger Schmerzmittel verschrieben als *weissen*. Besonders hart trifft es Schwarze Frauen, denen bei der Geburt oftmals eine Epiduralanästhesie verweigert wird.

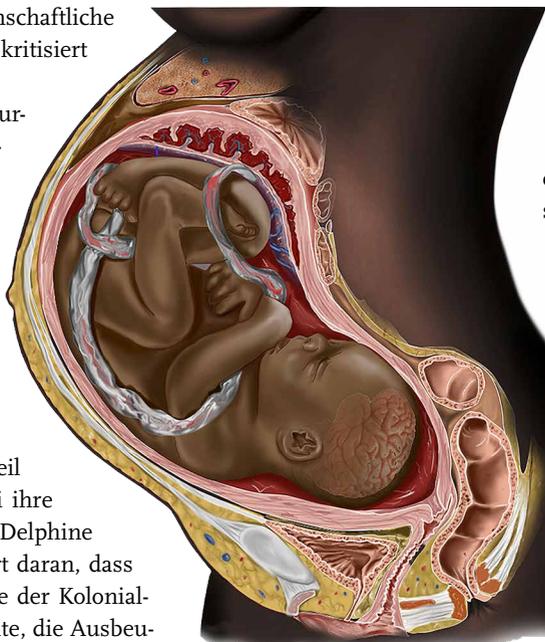
1960 erkannte die Wissenschaft schliesslich an, dass die Rassentheorie falsch ist. Die Stereotypen wurden dadurch jedoch nicht beseitigt: Statt die Auswirkungen des strukturellen Rassismus aufzuarbeiten, wird dieser gerade in Europa

«Die Menschen klammern sich an Stereotypen, besonders in einer Stresssituation. Deshalb ist die Ärzteschaft besonders gefährdet.»

Prof. Patrick Bodenmann

oft geleugnet. So gibt es in vielen europäischen Ländern keine medizinischen Statistiken, welche die Hautfarbe einbeziehen. «Die Schweiz hat im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern einen grossen Rückstand in der Forschung. Auf bio-medizinischer Ebene wird die ethnische Variable nicht ausreichend berücksichtigt», sagt Patrick Bodenmann.

Die Dinge beginnen sich jedoch zu ändern. Bücher, Ärzt*innen und Aktivist*innen thematisieren diese Herausforderungen immer öfter. In der Schweiz hat die Universität Lausanne Pionierarbeit geleistet, indem sie ein Pflichtmodul über die Sensibilisierung für rassistische Praktiken im Medizinstudium aufgenommen hat. «Das Ziel ist es, den Student*innen ihre Voreingenommenheit bewusst zu machen und sie zur Selbstkritik zu bewegen», sagt Patrick Bodenmann. «Auch wenn noch einige Anstrengungen nötig sind, bewegen wir uns auf eine inklusivere Medizin zu.» Auch Miguel Shama setzt sich für ein «politisiertes» Gesundheitswesen ein, das die sozio-historischen Dimensionen in die Praxis einbezieht.



© Chidiebere Ibe

Der nigerianische Medizinstudent Chidiebere Ibe erstellte und veröffentlichte eine Zeichnung eines Schwarzen Fötus – ein Novum.

Im Schatten von Covid

Dreieinhalb Jahre nach Beginn der Covid-Pandemie fällt die Bilanz der Folgen für den afrikanischen Kontinent durchwachsen aus. Andere Krankheiten gerieten wegen Covid-19 in den Hintergrund. Aber es gibt auch Erfolge. Von Leonie March

Die schlimmsten Befürchtungen sind nicht wahr geworden: Es starben auf dem afrikanischen Kontinent weit weniger Menschen an Covid-19, als zu Beginn der Pandemie befürchtet worden war. Doch hatte die Konzentration auf Covid-19 in vielen der über 50 Länder des Kontinents massive Nebenwirkungen: Die Bekämpfung anderer Infektionskrankheiten, Präventions- und Aufklärungsprogramme, Laborkapazitäten sowie die Basisgesundheitsversorgung wurden zurückgefahren. Viele Patient*innen mieden Kliniken und Krankenhäuser aus Angst vor einer Ansteckung. Andere konnten sie nicht erreichen, weil der öffentliche Verkehr eingeschränkt war.

Diese Situation sei ein «Weckruf» gewesen, betont Quarraisha Abdool Karim. Die Südafrikanerin zählt zu den weltweit führenden HIV-Wissenschaftler*innen und sitzt im Lenkungsausschuss von Unaid, dem Programm der Vereinten Nationen gegen Aids/HIV. Auf dem afrikanischen Kontinent gehört Aids noch immer zu den häufigsten Todesursachen, mit mehr als 385 000 Toten im Jahr 2022. In Südafrika leben die weltweit meisten HIV-Infizierten – knapp acht Millionen Menschen. Eine Lehre aus Corona sei eindeutig, sagt Abdool Karim: «Wir können nicht alles stehen und liegen lassen, wenn eine neue Epidemie oder Pandemie beginnt. Es hat Konsequenzen, wenn wir Massnahmen im Kampf gegen HIV oder Tuberkulose einfach auf Eis legen.»

So wie überall auf dem Kontinent hatte auch die südafrikanische Regierung als erste Massnahme einen Lockdown verhängt, um die chronisch überlasteten Gesundheitssysteme vor dem Kollaps zu bewahren. Gesundheitsdienste wurden eingeschränkt oder vorübergehend eingestellt. Deutlich weniger Südafrikaner*innen machten in der Zeit einen HIV-Test, deutlich weniger begannen die Behandlung mit Medikamenten. Afrikaweit ging die Zahl der HIV-Tests der Statistik des

Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ist zentral bei der Behandlung von und Sensibilisierung für Krankheiten im südlichen Afrika.



Global Fund zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose zufolge im Jahr 2021 im Vergleich zu 2019 um rund 40 Prozent zurück. Dies war ein Rückschlag, denn um die Zahl der Neuinfektionen zu verringern, ist es entscheidend, dass Menschen ihren Status kennen und die Viruslast durch Medikamente reduziert wird. Mittlerweile habe die Zahl der Tests und neuen Behandlungen wieder zugenommen, wenn auch langsam.

In anderen Ländern wie dem ostafrikanischen Ruanda waren die HIV-Programme schon bald wieder auf Kurs. «Das ist vor allem der Zusammenarbeit mit unserem starken zivilgesellschaftlichen Netzwerk zu verdanken», sagt Eric Remera. Der Arzt leitet die HIV-Abteilung des Rwanda Biomedical Centre, einer Behörde, die die Pläne des Gesundheitsministeriums in die Praxis umsetzt. Sogenannte Peer Educators stehen in engem Kontakt mit Patient*innen und Risikogruppen. Sie verteilen während der Pandemie beispielsweise HIV-Selbsttests und richteten eine Hotline für Fragen aus der Bevölkerung ein.

Ein ähnliches System hat sich auch im Hinblick auf andere Infektionskrankheiten wie Malaria bewährt. Wie in vielen afrikanischen Ländern sind in Ruanda Gesundheitshelfer*innen, sogenannte Community Health Worker, in ihren Dörfern die ersten Ansprechpartner*innen für Gesundheitsfragen. Während des Lockdowns konnten sie sich frei bewegen, verteilten Moskitonetze direkt an die Haushalte, führten Tests durch und sorgten dafür, dass Patient*innen zügig behandelt wurden. Dass die Covid-Pandemie die Bekämpfung von Malaria, HIV und Tuberkulose dauerhaft beeinträchtigte, konnte so verhindert werden – jedenfalls in Ruanda.

Leonie March lebt und arbeitet als Auslandskorrespondentin in Südafrika.



© Thoko Chikondi/Keystone

Kinderkrankheiten breiten sich aus | In vielen afrikanischen Staaten hatte die Fokussierung auf Covid-19 gravierende Auswirkungen für Frauen und Kinder. Programme für Familienplanung wurden unterbrochen, die Zahl sicherer Entbindungen in Kliniken sank, die Vor- und Nachsorge für Schwangere und Neugeborene war ebenso eingeschränkt wie intensivmedizinische Behandlungen. Impfkampagnen für Kinder unter fünf Jahren wurden unterbrochen – mit schweren Folgen.

Millionen Kleinkinder haben keine Grundimmunisierung gegen Krankheiten wie Polio, Gelbfieber, Meningitis, Diphtherie oder Masern erhalten. Diese Krankheiten brechen nun wieder vermehrt aus. So lag die Zahl der Masernfälle im ersten Quartal 2022 um ganze 400 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ausbrüche seien in 20 afrikanischen Ländern registriert worden, sagt die WHO-Regionaldirektorin für Afrika, Matshidiso Moeti. In der gesamten Region seien daraufhin Kampagnen gestartet worden, die inzwischen auch Wirkung zeigten: «Wir haben nicht nur aufgeholt, sondern hatten im Jahr 2022 sogar höhere Impfraten als vor der Pandemie», bilanziert Moeti.

Eines der von einem Masernausbruch betroffenen Länder ist das westafrikanische Liberia. Die Gesundheitsministerin, Wilhemina Jallah, führte das bei einer Pressekonferenz unter anderem auf «Impfmythen» zurück. «Überall hatten die Leute Angst, dass sie durch die Impfung mit Covid-19 infiziert würden, und brachten auch ihre Kinder nicht mehr in die Kliniken.» Aufklärungskampagnen in den Gemeinden hatten Erfolg, jedoch erst spät. Viele Kinder hätten die Masernimp-

fung verpasst, und so sei es zu Ausbrüchen in mehreren Landesteilen gekommen. Mittlerweile scheinen die Impfbedenken ausgeräumt. Liberia zählt zu den afrikanischen Ländern mit der höchsten Covid-Impfquote.

Die Pandemie brachte auch Erfolge | Erfolge wie dieser verdienen laut Matshidiso Moeti mehr Beachtung: «Manchmal konzentrieren wir uns zu sehr auf die negativen Auswirkungen der Pandemie. Dabei haben wir viel gelernt, neue Kapazitäten aufgebaut und die Reichweite unserer Gesundheitsdienste vergrößert.» So seien etwa die Intensivbettenkapazitäten erweitert und die Mechanismen für den Umgang mit künftigen Gesundheitsnotständen gestärkt worden. Um die Länder der Region besser auf künftige Pandemien vorzubereiten, brauche es Zugang zu integrierten Gesundheitsdiensten, eine solide Datenlage, Impfstoffe und, nicht zuletzt, die Mitarbeit der Bevölkerung. Moeti hebt die Bedeutung von Communitys und zivilgesellschaftlichen Organisationen hervor. Sie hätten während der Pandemie eine zentrale Rolle gespielt und könnten auch künftig dabei helfen, den Zugang zu Gesundheitsdiensten zu verbessern.

Dieser Zugang müsse nicht nur vorhanden, sondern auch gerecht und inklusiv sein, betont die südafrikanische HIV-Forscherin Quarraisha Abdool Karim. Information, Prävention, Behandlung müssten allen offenstehen, ohne Ausgrenzung, Diskriminierung oder Stigmatisierung. Das ist auch als Seitenhieb auf die ungleiche globale Impfstoffverteilung während der Covid-Pandemie zu verstehen.

Zurzeit gibt vor allem die steigende Anzahl von Choleraausbrüchen in vierzehn afrikanischen Ländern Anlass zur Sorge. Von Januar 2022 bis Mitte Juli dieses Jahres wurden 213.443 Cholerafälle gemeldet und 3951 Tote. «Die zunehmende Zahl der Länder, in denen Cholera ausbricht, setzt die weltweit begrenzten Impfstoffvorräte immens unter Druck», sagt Matshidiso Moeti. Auch vor diesem Hintergrund unterstützt Moeti den Aus- und Aufbau der Impfstoffproduktion auf dem afrikanischen Kontinent. Damit die nächste Pandemie weniger Nebenwirkungen mit sich bringt. |

Millionen Kleinkinder haben keine Grundimmunisierung gegen Krankheiten wie Polio, Gelbfieber, Meningitis, Diphtherie oder Masern erhalten. Diese Krankheiten brechen nun wieder vermehrt aus.



Haitis Gesundheitssystem am Boden

Seit einunddreissig Jahren fährt Dr. Jose Ulysse jeden Morgen von seinem Haus im Zentrum von Port-au-Prince zum Krankenhaus Fontaine in der Cité Soleil, einem heruntergekommenen Viertel der haitianischen Hauptstadt. Nachdem er sich mit seinem Auto einen Weg durch die verwinkelten Gassen des Stadtzentrums gebahnt hat, gelangt er schliesslich in eine Gegend, in der sich Kühe und Ziegen die Strasse mit den Fahrzeugen teilen. Eigentlich ist dies eine ganz normale Strecke, doch Jose Ulysse fährt seit einigen Monaten in einem gepanzerten Auto. «Ich muss die Frontlinie zwischen zwei bewaffneten Gangs überqueren. Querschläger von Kugeln sind da keine Seltenheit», erzählt der Arzt. «Eine solche Situation habe ich nie zuvor erlebt. Kriminalität ist in diesem Land nichts Neues, aber die Lage ist mittlerweile ausser Kontrolle.»

Seit der Ermordung des Präsidenten Jovenel Moïse im Juli 2021 hat sich die «Perle der Antillen» in ein regelrechtes Kriegsgebiet verwandelt. Unter Ausnutzung des politischen Vakuums und der grassierenden Korruption haben über hundert Banden die Kontrolle über ganze Landstriche übernommen. Besonders schlimm ist die Lage in Port-au-Prince,

Die chaotische Lage in Haiti, das seit zwei Jahren in Gewalt versinkt, hat auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung: Die Gesundheitseinrichtungen sind verwahrlost, die Unterernährung nimmt zu, und die Cholera ist zurückgekehrt.

Text und Bilder von Théophile Simon, Port-au-Prince

Théophile Simon ist Journalist im Auslandsressort der «Tribune de Genève».

Eine von den Quartierbewohner*innen errichtete Barrikade, die die Banden daran hindern soll, ihre Entführungsaktionen durchzuführen.

wo 80 Prozent des Stadtgebiets nicht mehr unter staatlicher Kontrolle stehen sollen. Jeden Tag fallen dort Schüsse, Strasse um Strasse dehnen die Gangs ihre Macht aus. Mitte August war das Viertel Carrefour-Feuilles das Ziel eines Angriffs einer bewaffneten Gruppe. Die Bilanz: Mindestens 20 Tote, doppelt so viele Verletzte und 10 000 Menschen, die aus ihren Häusern fliehen mussten. Einige Tage später stürmte eine weitere Bande das Solino-Viertel im Stadtzentrum, verletzte zwei Polizisten schwer und setzte mehrere Häuser in Brand. Nach einer Zählung der Vereinten Nationen hat der Gewaltausbruch seit Anfang 2023 rund 2400 Tote und 900 Verletzte gefordert. Fast 1,5 Millionen Haitianer*innen leben heute in einem von einer Bande kontrollierten Gebiet.

Hunger und Cholera | «Die Todesfälle durch Schüsse sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Sicherheitslage hat auch schreckliche Auswirkungen auf die Gesundheit», sagt Jose Ulysse, als er vor seinem Krankenhaus parkiert. Eine lange Schlange von Patient*innen wartet vor dem Gebäude. Der Arzt betritt einen Raum, der mit Kleinkindern und ihren Eltern gefüllt ist. Die Säuglinge haben ausgemergelte Gesichter und braune Flecken auf der Haut. «Alle diese Kinder sind stark unterernährt. Sie werden mehrere Wochen hierbleiben müssen», sagt der Arzt und tastet nach dem Knöchel eines Babys. «Vor zwei Jahren hatten wir täglich zwischen fünf und zehn Fälle von Unterernährung, heute sind es fast vierzig. Es fehlen die Mittel, um sie alle zu behandeln.»

Die 29-jährige Suze Palvilis sitzt auf einem provisorischen Bett und wiegt ihr Baby. Das Kind ist 11 Monate alt und kaut auf einer energiereichen Paste aus Erdnüssen und Honig. «Ich verkaufe Obst und Gemüse. Seit die Banden die Kontrolle über das Viertel übernommen haben, ist der Handel zusammengebrochen. Ich habe kein Geld mehr, um meine Kinder zu ernähren», sagt sie.

In den engen, staubigen Strassen der Cité Soleil erfasst der Sozialarbeiter François Lucanes die unterernährten Kinder und verweist die Familien ans Fontaine-Krankenhaus. «Oft sind die Kinder nach der Behandlung sofort wieder unterernährt, da die finanziellen Schwierigkeiten der Eltern fortbestehen. Bei Kindern kann das zu erheblichen Wachstumsverzögerungen führen», sagt er und misst mit einem Plastikband den Armumfang eines zweijährigen Babys. Das Ergebnis: Es leidet an akuter Unterernährung. Seine Mutter, die 28-jährige Pascale Roselyne, sagt: «Ich schaffe es nicht, ihn selbst zu ernähren. Wenn ich will, dass er überlebt, muss ich ihn in fremde Obhut

geben.» Fast zwei Millionen Haitianer*innen leiden an fortgeschrittener Unterernährung, der letzten Phase vor dem Hungertod. Das ist ein Anstieg um 30 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Haiti hat die zweithöchste Unterernährungsrate der Welt, gleich nach dem Südsudan.

Seit Beginn dieses Jahres ist nun auch noch die Cholera in die Cité Soleil zurückgekehrt. Nach dem katastrophalen Erdbeben, das Haiti im Jahr 2010 ereilte, wurde die Krankheit von Blauhelmen der Vereinten Nationen ins Land eingeschleppt; in den folgenden zehn Jahren konnte man die Krankheit ausmerzen. Doch nun tauchte sie wieder auf, nachdem eine Bande Ende 2022 ein Hafenterminal in der Hauptstadt blockierte, was zu einer Verknappung von Wasser und Treibstoff führte.

Seither wurden landesweit mehr als 50 000 Fälle von Cholera registriert, mindestens 745 Menschen starben daran. «Die Gemeindedienste können wegen der Banden den Müll nicht einsammeln. Wenn es regnet, waten wir in einem Meer aus Abfall», erzählt Vielgita Colas im Krankenhaus. Auf ihren Knien liegt ihre 18 Monate alte Tochter Neisa, die an einer Infusion hängt. «Sie hat sich vor ein paar Tagen Cholera zugezogen. Ich dachte, sie würde sterben», sagt Vielgita und streichelt dem Mädchen zärtlich übers Gesicht.

Internationale Hilfe notwendig | Langsam, aber sicher kollabiert das haitianische Gesundheitssystem. Wegen der Angriffe von Banden schliessen Krankenhäuser ihre Türen. Anfang Juli musste Médecins sans Frontières eines seiner Gesundheitszentren schliessen, nachdem bewaffnete Männer in das Gelände eingedrungen waren, um eines ihrer Opfer zu töten, das sich wegen Schussverletzungen in der Klinik aufhielt.

Haiti ist zudem mit einem dramatischen Wissensverlust konfrontiert. Zu Tausenden wandert medizinisches Fachpersonal aus, oft in die Vereinigten Staaten. Heute gibt es in Haiti weniger als 25 Gesundheitsangestellte pro 100 000 Einwohner – das sind fast acht Mal weniger als in der Schweiz.

Angesichts dieser Notlage rief die haitianische Regierung die internationale Gemeinschaft zu einer bewaffneten Intervention im Land auf, um ihr bei der Wiederherstellung der Ordnung zu helfen. Mitte August sprach sich die Uno dafür aus, der Sicherheitsrat wird sich voraussichtlich in den kommenden Wochen äussern. Auch wenn ein solches Szenario die haitianische Gesellschaft weiter spalten würde, ist eines sicher: Im Gesundheitsbereich braucht das Land dringend Hilfe.

Dr. Jose Ulysse vor dem Krankenhaus im Stadtteil Cité Soleil am Rande von Port-au-Prince.





© Jose Gilboa, StudioArt, Paris, Zeitling, Berlin

Aus den Regalen
verbannt

Immer öfter werden Bücher aus US-amerikanischen Schulbüchereien und Bibliotheken verbannt. Viele davon befassen sich mit Rassismus, LGBTI*-Themen – oder stammen von nicht weissen Autor*innen.

Von Tobias Oellig

Am 6. Januar 2021 erlebten die USA mit dem Sturm auf das Kapitol das Crescendo einer gesellschaftlichen Spaltung, die Donald Trump über Jahre hinweg orchestriert hatte. Massen seiner Anhänger*innen marodierten im Kapitol und feierten ihre Zerstörungswut als Triumph über all jene, die sie verachteten: den Staat im Allgemeinen, die damalige demokratische Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, im Besonderen und vor allem jene, die ihnen angeblich die Wahl «gestohlen» hatten. Die Bilanz: mehrere getötete Menschen, verwüstete Büros und Bilder einer schwer beschädigten Demokratie, die um die Welt gingen.

An jenem Tag sass eine junge Schwarze Frau an ihrem Schreibtisch, sah die Bilder der Gewalt und liess die Eindrücke dieses dunklen Tages in die letzten Zeilen eines Gedichts fliessen. Zwei Wochen später, als Joe Biden als Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt wurde, betrat Amanda Gorman die Bühne und begegnete dem Hass, der ihrem Land so tiefe Wunden gerissen hatte, mit Poesie.

Sie beschrieb Amerika als «nicht geboren, sondern einfach unvollendet», beschwor mit ihren Versen ein Land der Vielfalt, machte Mut und Hoffnung. Kaum fünf Minuten dauerte ihre Rezitation von «The Hill We Climb»; 723 Wörter, ein poetisches Angebot, die Waffen ruhen zu lassen und den ewigen American Dream gemeinsam zu erneuern.

Schauplatz für Kulturkämpfe: Hauptlesesaal der New York Public Library.

In Florida wurde «The Hill We Climb» kürzlich für Grundschüler*innen verboten. Eine Mutter hatte beantragt, den Gedichtband aus der Schulbibliothek zu entfernen, weil er «keinen erzieherischen Wert habe». «Es erzeugt Verwirrung und indoktriniert Schüler», so die Beschwerde im Antrag. Gelesen hatte sie das Buch nicht, als Autorin von «The Hill We Climb» gab die Mutter irrtümlich die Talkshow-Moderatorin Oprah Winfrey an.

Eine Welle der Zensur | Amanda Gorman reagierte entsetzt; die Schulbehörde konterte, das Gedicht sei nicht verboten, der Zugang sei lediglich auf ältere Jahrgangsstufen begrenzt worden. Die Initiative «Florida Freedom to Read Project» (FFRP) kritisierte, ein Kompromiss, der den Zugang für einige Schüler*innen einschränke, sei «immer noch Zensur».

Seit 1990 sammelt der Büchereiverband American Library Association (ALA) Daten zu sogenannten «challenged books» – Büchern, deren Verbot entweder verlangt wurde oder tatsächlich erfolgte. 2022 gab es laut ALA so viele Zensurversuche in Schulen und öffentlichen Büchereien wie noch nie seit Beginn der Zählung. Mehr als 2500 Einzeltitel wurden zensiert und damit 38 Prozent mehr als im Vorjahr. Vermutlich sind die Zahlen noch viel höher, Expert*innen gehen davon aus, dass viele Bücher stillschweigend entfernt werden.

«Letztlich sind Versuche, Bücher zu verbieten, Versuche, Autor*innen zum Schweigen zu bringen, die grossen Mut aufgebracht haben, um ihre Geschichten zu erzählen», kommentierte ALA-Präsidentin Lessa Kananiopua Pelayo-Lozada den Trend. Auf-

fällig sei, dass die Zensurversuche häufig Werke betreffen, die sich mit Geschichte, Rassismus oder Sexualität befassen. Im Fokus stünden nicht zuletzt Bücher, die LGBTI*-Themen behandelten, Fragen rund um Rassismus, Ethnie und Hautfarbe thematisierten oder die von nichtweissen Autor*innen stammten.

Der Roman «The Bluest Eye» von Nobelpreisträgerin Toni Morrison, in dem die Schwarze Hauptfigur vergewaltigt wird: aus Schulbüchereien verbannt. Die mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Graphic Novel «Maus» von Art Spiegelman, die sich mit dem Holocaust befasst: verboten, weil darin Brüste zu sehen sind. Die Graphic Novel «Gender Queer» von Maia Kobabe, in der ein Teenager seine Geschlechteridentität sucht: verboten. «Stamped: Racism, Antiracism, and You», ein Sachbuch über die Geschichte von Rassismus und Sklaverei: verboten.

In den Zensuranträgen finden sich Stichworte wie «Gender-Ideologie-Propaganda», «transsexuelles Material», «Übernahme

«Wir treten das Erbe eines Landes und einer Zeit an, da ein kleines, dünnes Schwarzes Mädchen, Nachfahrin von Sklavinnen, Kind einer alleinerziehenden Mutter, davon träumen kann, Präsidentin zu werden, und nun hier, heute, für einen Präsidenten vorträgt.»

Amanda Gorman, The Hill We Climb



© Brendan Smialowski/AFP/Keystone

einer Trans-Ideologie, die einen Angriff auf Mädchen/Frauen darstellt», «sexuelles Fehlverhalten», «Drogen-/Alkoholkonsum», «LGBTI*-Inhalte», «polizeifeindlich», «rassistisch», «obszön». «In den vergangenen 10 bis 13 Jahren sind LGBTI*-Bücher sexuell sehr anschaulich geworden», sagte Jennifer Pippin, Gründerin der rechtsgerichteten Initiative «Moms for Liberty», der Washington Post. Ihre Besorgnis sei keine Homophobie, betonte sie, es gehe ihr nur um den «sexuell expliziten» Charakter der Texte.

Adrian Daub, Professor an der Universität von Stanford, schreibt in einem Essay über Buchzensur: «Obwohl der Stein des Anstosses oft vordergründig einfach die Erwähnung von Sex ist, handelt es sich dabei häufig um ein Feigenblatt für Unbehagen, was Fragen von Race, Ethnie und alternativer Sexualität betrifft.»

Verbannung per Gesetz | Versuche, Bücher zu verbannen, haben in den USA Tradition und enden oft vor Gericht. Teilweise mit Erfolg: Dafür sorgt zum Beispiel Ron de Santis, Gouverneur von Florida, wo selbst in weiterführenden Schulen nicht mehr über Geschlechtsidentität gesprochen werden darf. Auch die kritische Auseinandersetzung mit systemischem Rassismus ist in den Schulen des Bundesstaats mittlerweile untersagt. De Santis macht Politik mit der Angst besorgter El-

tern und hat ihnen per Gesetz die Macht über Bildungsfragen gegeben.

«Wir finden es wichtig, dass Bildung sich auf das Wesentliche konzentriert. Deshalb haben wir kritische Race-Theorie für alle Jahrgangsstufen verboten», sagt der Gouverneur. «Wir benutzen Ihre Steuergelder nicht, um Ihren Kindern beizubringen, unser Land zu hassen. Wir haben auch sichergestellt, dass Eltern die Lehrinhalte prüfen können, sodass sie wissen, was ihre Kinder lernen und Einspruch erheben können.» De Santis verspricht eine einfache und fromme Welt, in der vermeintlich «Anderere» keinen Platz haben.

Neunzig Prozent der Zensuranträge, die 2022 eingingen, kamen von organisierten Gruppen. Einige enthielten Listen mit hundert oder mehr Büchern. Die Schriftsteller*innen-Vereinigung PEN America hält die zunehmenden Zensurversuche für eine organisierte Kampagne – und für zutiefst undemokratisch: «Es handelt sich nicht um isolierte Anfechtungen von Eltern in verschiedenen Gemeinden, sondern um organisierte Bemühungen von Interessengruppen und staatlichen Politiker*innen mit dem Ziel, den Zugang zu bestimmten Geschichten, Perspektiven und Informationen zu beschränken.»

Verbannte Bücher, ausgestellt in einem Buchladen in Kalifornien.

Landesweiter Widerstand |

Doch regt sich auch Widerstand: So unterzeichnete der Gouverneur von Illinois, J. B. Pritzker, kürzlich ein Gesetz, das öffentlichen Büchereien Zensur aufgrund «partei-politischer oder dogmatischer» Vorbehalte untersagt. Bei Verstößen droht der Entzug staatlicher Mittel. In Missouri verklagten Schüler*innen die Behörde, die die Biografie des queeren Schwarzen Aktivisten George M. Johnson «All Boys Aren't Blue» aus allen Schulbibliotheken entfernen liess. Es ist eines der am häufigsten verbotenen Bücher in den USA. An der New Yorker Brooklyn Library starteten Bibliothekar*innen die Initiative «Books Unbanned», die es Kindern und Jugendlichen landesweit ermöglicht, verbotene Titel kostenlos als E-Books zu lesen können. Der Verlag von Amanda Gorman hat inzwischen gemeinsam mit PEN America Klage gegen die Schulbehörde von Escambia County (Florida) eingereicht. «Es wird immer wieder behauptet, es gehe darum, unsere Kinder vor Ideen zu schützen, die für sie zu fortgeschritten sind», kommentierte Amanda Gorman die Klage. «Aber wenn man sich die Mehrheit der Bücher ansieht, die tatsächlich verboten wurden, geht es eher darum, ein Bücherregal zu schaffen, das nicht alle Facetten der Vielfältigkeit Amerikas abbildet. Es ist, als würde man sagen: Sie sind fehl am Platz, wenn Sie Afroamerikaner*in sind. Sie sind fehl am Platz, wenn Sie schwul sind. Sie sind fehl am Platz, wenn Sie Migrant*in sind.»

«Besorgte Mütter»: Alison Hair und Cindy Martin wollen, dass bestimmte Bücher aus Schulbüchereien verschwinden.



Ein Tal voller Stacheldraht



© Julien Pétré/MYOP

Seit dem Ende des Kaukasuskriegs im August 2008 baut Russland eine künstliche Grenze im Herzen Georgiens, um die Abspaltung Südossetiens zu besiegeln – mit schwerwiegenden Folgen für die Gemeinden entlang der Demarkationslinie.

Von Clément Girardot

Gia Bakradze lebt in einem der Häuser am Fluss, gegenüber dem von Südossetien kontrollierten Gebiet, einer kleinen selbst ernannten Republik, die sich 1992 von Georgien abgespalten hat. Er sieht jeden Tag russische Soldat*innen vor seinem Haus patrouillieren, direkt auf der anderen Seite des Wasserlaufs. «Wir sind eine kleine Familie, die vor Kurzem aus der Hauptstadt Tiflis zurückgekehrt ist.», sagt der Ingenieur, der die georgische Regierung beschuldigt, machtlos gegen das zu sein, was viele Bürger*innen als die Besetzung ihres Landes durch Russland betrachten.

In den letzten zehn Jahren sind in den ländlichen und bergigen Gebieten Georgiens zahlreiche Sicherheitsinfrastrukturbauten entstanden. Gräben, Palisaden, Stacheldrahtzäune, Beobachtungstürme und Überwachungskameras säumen die ehemalige administrative Demarkationslinie der autonomen Region Südossetien.

Clément Girardot ist freischaffender Journalist mit Schwerpunkt Kaukasus.

Perevi, das Dorf, in dem Gia lebt, liegt in einem engen Tal in den Ausläufern des Grossen Kaukasus. Hier leben vorwiegend Georgier*innen und Osset*innen, ein aus dem Iran stammendes Volk, das sich vor langer Zeit in der Region niedergelassen hat. Als Georgien 1991 seine Unabhängigkeit erklärte, brach ein Konflikt zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen aus. Südossetien, ein Gebiet, das etwa fünf Prozent der Fläche Georgiens ausmacht, erklärte sich anschliessend für unabhängig.

Nach dem Ende des Kaukasuskriegs im August 2008 war Russland der erste Staat, der die Souveränität Südossetiens anerkannte. Seitdem leistet der Republik umfangreiche militärische Unterstützung, insbesondere bei der Kontrolle der «Grenzen». Es sind hauptsächlich russische Soldat*innen, die patrouillieren und die Sicherheitsinfrastruktur aufbauen, um den Übertritt zwischen den beiden Gebieten zu verhindern.

Fehlende Bewegungsfreiheit |

Auf politischer Ebene, aber auch für die Dorfbewohner*innen ist der Verlauf die-

ser «Grenzen» unklar. Sowohl die südossetischen als auch die russischen Behörden stützen ihre Gebietsansprüche auf alte, ungenaue sowjetische Karten. Wie der Grossteil der internationalen Gemeinschaft erkennen die georgischen Behörden Südossetien nicht als unabhängige politische Einheit an und weigern sich, über die genaue Lage der sogenannten Besetzungslinie zu berichten. Sie beschuldigen Russland jedoch, die Grenzen Südossetiens ausdehnen zu wollen.

Diese Grenzziehung betrifft nach Angaben von Amnesty International etwa 34 georgische Dörfer. Die Folgen: Bewohner*innen verlieren den Zugang zu Ackerland, Weiden, Wäldern und manchmal auch zu Friedhöfen und Kirchen. «Früher war der Pastoralismus sehr wichtig. Aber seit dem Krieg ist die Zahl der Kühe im Dorf von 1000 auf 200 gesunken. Ich hatte sieben Kühe, jetzt habe ich nur noch eine. Jetzt können wir nur noch Bohnen und Kartoffeln anbauen», sagt Guram Shukakidze, der Schulleiter von Perevi.

Amnesty International berichtete 2019 von den Auswirkungen der Grenzziehung, insbesondere von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, willkürliche Verhaftungen und einem sinkenden Lebensstandard. Darüber hinaus können sich Georgier*innen wie Osset*innen nicht mehr frei bewegen, um ihre Verwandten zu treffen, die auf der anderen Seite der neuen «Grenze» leben. Jedes

Jahr werden Dutzende georgische Staatsbürger*innen wegen «illegalen Grenzübertritts» nach Südossetien verhaftet. Während die meisten gegen Zahlung einer Geldstrafe wieder freigelassen werden, werden einige Personen in der Haft misshandelt und gefoltert. Der symbolträchtigste Fall ist der von Archil Tatuschwili, der 2018 während seiner Inhaftierung starb: Bei der Autopsie wurden an seinem ganzen Körper mehr als 100 Verletzungen und nicht weniger als 20 Armbrüche gezählt.

Teilungen und Spannungen |

In grenznahen Gebieten kommt es immer wieder zu Spannungen. So etwa im August 2019 in einem grossen Wald zwischen dem georgischen Dorf Chorchana und dem Dorf Tselisi, einem Gebiet, das unter georgischer Kontrolle steht, aber von den ossetischen Behörden beansprucht wird. Die Bewohner*innen beider Dörfer konnten eine direkte Konfrontation vermeiden, doch dann wurden in

dem hügeligen Gebiet zahlreiche militärische Beobachtungsposten errichtet. Seit her trauen sich die Menschen aus Chorchana nicht mehr in den Wald, um Holz zu hacken oder Pflanzen zu pflücken. Sie haben Angst, von russischen Soldat*innen wegen illegalen Überschreitens einer «Grenze», die hier nicht materialisiert ist, festgenommen zu werden.

Die Dörfer in der Nähe der Demarkationslinie sind in der Folge besonders stark von Landflucht betroffen, die Menschen ziehen in die Hauptstadt Tiflis, aber auch ins Ausland. «Vor der Grenzziehung hatte ich ein paar Kühe und pflückte Jonjoli-Knospen. Das reichte gerade aus, um etwas zu essen zu haben», sagt die 40-jährige Irma, die jetzt in Deutschland arbeitet. «Ich habe Angst, dass die Russen eines Tages kommen, um dieses Gebiet zu übernehmen.»

Als Reaktion auf die Spannungen im Wald von Chorchana haben die separatistischen Behörden 2019 beschlossen, die wenigen offiziellen Grenzübergänge zwischen den beiden Gebieten vollständig zu schliessen, obwohl die Einreise nach Südossetien bereits vom Besitz schwer zu beschaffender Dokumente abhängig ist. Eine Entscheidung, die aufgrund der Covid-19-Pandemie verlängert und erst im Sommer 2022 rückgängig gemacht wurde. Dies hatte dramatische Folgen für die Georgier*innen, die noch auf südos-

setischer Seite lebten. Es gab keine Möglichkeit mehr, die «Grenze» aus familiären oder medizinischen Gründen zu überqueren.

Die Folgen der Grenzschliessung erlebte auch Maia Nikolaishvili. «Wir haben über zwei Jahre gewartet, bis wir unseren Sohn Bakuri wieder sehen konnten», sagt die Kunstlehrerin an der Schule in Perevi. Mit ihrem Mann und ihren drei Töchtern zog sie auf die georgische Seite, als die Grenzübergänge geschlossen wurden. Ihr Sohn blieb allein in Karzmani zurück, einem fünf Minuten von Perevi entfernten, aber unter südossetischer Kontrolle stehenden Weiler, um sich um den Familiensitz und das Vieh zu kümmern.

Derzeit sind «Grenzübertritte nur an zehn Tagen im Monat erlaubt. Diese Bedingungen machen es Maia unmöglich, wieder in ihr altes Haus zu ziehen. Sie hofft auf den Abzug der russischen Truppen und ein friedliches Zusammenleben zwischen Georgier*innen und Osset*innen. Dieses hängt von der Unterzeichnung eines Friedensabkommens ab, dessen Verhandlungen vor vielen Jahren ins Stocken geraten sind. Die Entwicklung dieses Konflikts hängt auch stark vom Ausgang des Krieges in der Ukraine ab, der Russlands Einfluss in der Kaukasusregion für die kommenden Jahrzehnte bestimmen wird.



Der Fluss Ghebura beim Dorf Perevi markiert die Grenze: Auf der anderen Seite liegt Südossetien.

Kritik verboten

Wer in Thailand die Monarchie kritisiert, kann im Gefängnis landen. Das gilt auch für Minderjährige. Von Olalla Piñeiro Trigo

«Ich weiss jetzt, wie Tränengas schmeckt», sagt Anna Annanon. Die 17-jährige Studentin ist Mitglied der Bad Students, einer Bewegung von etwa 20 Jugendlichen, die mehr Demokratie und eine grundlegende Reform des Schulsystems in Thailand fordern. «Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der ich meine Meinung frei äussern kann», sagt Anna.

Im Februar 2020 gingen Tausende Thailänder*innen auf die Strasse und verlangten den Rücktritt des damaligen Premierministers Prayut Chan-o-cha, eine Änderung der Verfassung sowie eine Reform der Monarchie. Seither dauern die Proteste an. Getragen von dem Free Youth Movement, stehen Sechzehnjährige, manchmal sogar erst Zwölfjährige an vorderster Front. «Wir haben es mit einer sehr politisierten Generation zu tun. Auf den sozialen Netzwerken hat sie eine kritische Haltung gegenüber der Monarchie entwickelt. Bisher war es ein Tabu, die Monarchie infrage zu stellen», sagt Akarachai Chaimaneekarakate von den Thai Lawyers for Human Rights (TLHR).

Majestätsbeleidigung | Das Engagement der Jugendlichen hat für diese allerdings Konsequenzen: Laut TLHR wurden bisher mehr als 286 Minderjährige wegen Missachtung des Notstandsdekrets, das im Zusammenhang mit Covid-19 erlassen wurde, wegen Aufruhrs oder wegen Beleidigung der Monarchie strafrechtlich verfolgt. «Es ist ein Skandal, dass Kinder hinter Gittern landen, nur weil sie das System oder den König

in Frage stellen», sagt Anna Annanon.

Seit seiner Thronbesteigung hat König Vajiralongkorn, auch Rama X. genannt, seine politische Macht stetig ausgebaut. Er hat die direkte Kontrolle über das «Amt für Kronbesitz» übernommen, das die königlichen Güter und Finanzen verwaltet. Dem Militär erteilte er die Befugnis, die 250 Mitglieder des Senats zu wählen, die an der Ernennung des Premierministers beteiligt sind.

Das Porträt des Königs hängt in den Klassenzimmern, die Leistungen der Monarchie stehen auf dem Lehrplan, die königliche Hymne wird vor dem Kinobesuch gesungen. Beliebt ist er wegen seines ausschweifenden Lebensstils und weil er während der Covid-Pandemie nach Deutschland flüchtete, nicht gerade. Wer es wagt, den Monarchen oder seine Familie zu «verleumden», zu «kritisieren» oder zu «bedrohen», riskiert zwischen 3 und 15 Jahren Gefängnis. «Der Straftatbestand der Majestätsbeleidigung existiert seit 1956, breit angewandt wurde er aber vor allem während der Proteste im Jahr 2020», sagt Tawan Rattanapraporn, Menschenrechtsverteidiger bei der NGO Forum-Asia, die sich für die Förderung der Demokratie in Südostasien einsetzt. «Das Gesetz ist zu einer politischen Waffe geworden.»

Auf Facebook die Abschaffung des Straftatbestands der «Majestätsbeleidigung» fordern, ein Crop-Top tragen, um sich über ein Outfit des Königs lustig zu machen: In Thailand braucht es nicht viel, um mit der Justiz in Konflikt zu geraten. Für einen Kalender mit Bildern gelber Gummienten, dem Widerstands-



© Jean-Marie Banderet, Amnesty International

«Es ist ein Skandal, dass Kinder hinter Gittern landen», sagt Anna Annanon.

symbol der Protestbewegung, ist ein Mann zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Er habe damit den König beleidigt.

Die Demonstrationen von 2020 sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen repressiven Politik. In den vergangenen 100 Jahren hat Thailand 18 Staatsstreich erlebt, von denen 12 erfolgreich waren. Der Auslöser der jüngsten Proteste war die Auflösung der New Future Party Anfang 2020. «Die Jugend setzte grosse Hoffnungen in diese Oppositionspartei, was sich auch in den Ergebnissen der allgemeinen Wahlen widerspiegelte. Sie war frustriert, weil die Behörden ihre Macht missbrauchten und die demokratischen Grundlagen abbauten», sagt Tawan Rattanapraporn.

Neben politischen Veränderungen fordert die Jugend eine Reform des Bildungssystems, das sie für traditionalistisch und paternalistisch hält. Anna Annanons langes rotes Haar entspricht nicht den strengen Vorschriften, die an thailändischen Schulen gelten. «Mädchen und Jungen müssen ihre Haare auf eine bestimmte Länge schneiden. Färben, Piercings und Tätowierungen sind verboten. Wer nicht der Linie folgt, muss Demütigungen und manchmal auch Gewalt über sich ergehen lassen», sagt die junge Aktivistin. Dies gel-

Neben politischen Veränderungen fordert die Jugend eine Reform des Bildungssystems, das sie für traditionalistisch und paternalistisch hält.

te in besonderem Mass auch für LGBTI*-Schüler*innen.

Verstösse gegen Kinderrecht

Die Verhaftung, Unterdrückung und Verurteilung von Teenagern verstösst gegen mehrere internationale Konventionen, die Thailand ratifiziert hat. Dazu gehören das Recht auf freie Meinungsäusserung, das im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verankert ist, und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, das die Festnahme oder Inhaftierung von Minderjährigen nur als «letztes Mittel und für eine möglichst kurze Dauer» erlaubt.

Der Fall von Yok zeigt jedoch eine andere Realität: Die 14-jährige Aktivistin wurde im März bei einer friedlichen Demonstration festgenommen. «Yok wurde von der Polizei gewaltsam weggeschleppt, danach 51 Tage in Untersuchungshaft gesteckt. Sie stiess auf zahlreiche Hindernisse, als sie einen Rechtsbeistand kontaktieren wollte», sagt Tawan Rattanaprapaporn. «Die Behörden üben auch Druck auf die Jugendlichen aus, um sie dazu zu bringen, sich schuldig zu bekennen. Viele weigern sich jedoch, weil sie davon überzeugt sind, nichts Falsches getan zu haben», fügt Akarachai Chaimaneekarakate hin-

zu. Anna Annanon hat dies selbst erlebt: «Die Polizei fährt mit Streifenwagen vor die Schulen, um die jungen Aktivist*innen einzuschüchtern. Ich wurde auf dem Nachhauseweg oder nach Restaurantbesuchen mit Freundinnen regelmässig verfolgt. Man hat auch schon meine Eltern und Grosseltern angerufen oder besucht, um sie dazu zu bringen, mich von der Teilnahme an Demonstrationen abzubringen.»

Minderjährige seien auch von Polizeigewalt betroffen. «Wir haben beobachtet, dass die Polizei kein kinderspezifisches Prozedere anwendet», sagt Akarachai Chaimaneekarakate. «So werden bei Demonstrationen auch gegen Jugendliche Tränengas und Gummigeschosse eingesetzt.» Auch Amnesty International bestätigte in einem im Februar 2023 veröffentlichten Bericht, dass Teenager Schusswunden, Schläge und Gewalt durch Kabel erlitten hatten.

Für viele Expert*innen befindet sich Thailand an einem historischen Wendepunkt. Im vergangenen Mai gewann die Oppositionspartei Move Forward die Parlamentswahlen haushoch. Sie hat die Wähler*innen mit ihren Reformversprechen überzeugt – insbesondere, was das Verbrechen der «Majestätsbeleidigung» betrifft. Der Senat lehnte jedoch die Ernennung des Parteivorsitzenden zum Premierminister ab. Nach einer monatelangen Pattsituation erhielt der konsensorientierte Politiker Srettha Thavisin am 22. August dank umstrittener Bündnisse die nötige politische Unterstützung, was allerdings wenig förderlich für die von der Bevölkerung geforderten tiefgreifenden Reformen zu sein scheint. Je nachdem, wie sich die Ereignisse entwickeln, rechnet Tawan Rattanaprapaporn mit einer neuen Welle von Demonstrationen. «Die junge Generation will nicht mehr, dass die Macht in den Händen der alten Eliten konzentriert ist», sagt er. «Sie ist bereit, Risiken einzugehen, um den Status quo zu durchbrechen.»



Die Gummiente wurde zum Symbol der Protestbewegung, die den König und das Militär herausfordert.

© Athit Perawongmetha/Reuters

«Es ist Krieg! Da darf man nicht still bleiben»

Christina Daletka engagiert sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine unermüdlich für die Kriegsbedrohten in ihrem Herkunftsland. Dafür nutzt sie auch ihr künstlerisches Umfeld.

Interview von Manuela Reimann Graf

Christina Daletka empfängt mich ungeschminkt in T-Shirt und Arbeitsklamotten; sie ist etwas erschöpft. Die berühmte Mezzosopranistin, die so gar nichts von einer Diva hat, hat soeben eine Ladung Medikamente in ihren Kleinwagen gehievt. Das sei jetzt ihr Alltag, sagt die 38-Jährige, die in der Ukraine aufgewachsen ist. Seit zehn Jahren ist sie Botschafterin der Schweizer Sektion von Amnesty International.

AMNESTY INTERNATIONAL: Was ging damals in Ihnen vor, als Sie vom Angriff Russlands auf die Ukraine hörten?

Christina Daletka: Mein erster Gedanke war: Wen rufe ich an? Denn sofort dachte ich an Benefizkonzerte. Natürlich musste ich mich erst über die Geschehnisse informieren. Heute tue ich das nur noch selten. Denn immer, wenn ich über den Krieg lese, quält mich das, es lässt mich nicht schlafen und ich werde weniger produktiv.

Der Kriegausbruch selbst war keine Überraschung – seit der Besetzung der Krim 2014 warnte die Ukraine davor.

Seit Kriegsbeginn unterstützen Sie Kriegsopfer und organisieren Hilfslieferungen von Lebensmitteln, Medikamenten und anderem mehr.

Die Hilfe für die Ukraine wurde zu einem neuen Job, der mich permanent meine Grenzen spüren lässt. Als ich mir das erste Mal einige freie Tage gönnen wollte, kam prompt eine Anfrage nach

Tourniquets rein – das sind Bänder, um Blutungen durch Abbinden zu stoppen. An diesen fehlt es massenhaft, sie sind lebensrettend. Also machte ich mich daran, sie aufzutreiben.

Ich koordiniere in der Schweiz wie auch im Ausland das Sammeln und die Lieferungen von humanitären Hilfsmitteln jeglicher Art. Dies können auch scheinbar weniger wichtige Dinge sein – so beschaffte ich zum Beispiel eine Gitarre für einen Jungen im zerstörten Mariupol. Er

Kurz nach Kriegsbeginn begegnete mir per Zufall Svitlana Grytsyshyn, eine mutige Medizinerin, die in Deutschland lebt. Sie fährt die Hilfsgüter bis in die gefährlichsten Gebiete und setzt sich dabei grossen Risiken aus. Das Organisieren von Geländewagen wird allerdings immer schwieriger; sie sind kaum mehr günstig zu beschaffen.

Inzwischen habe ich ein Netz von Organisationen und Einzelpersonen, mit denen ich zusammenarbeite; auch meine Mutter, die in Lviv wohnt, war bereits mehrmals als Freiwillige unterwegs. Ein Bekannter in der Schweiz kümmert sich um ukrainische Kinderheime und sammelt Textilien, aus denen die Kinder nach der Schule Tarnnetze basteln. Diese Netze sind unglaublich wichtig, wie natürlich auch Medikamente, medizinische

Die Hilfe für die Ukraine wurde zu einem neuen Job, der mich permanent an meine Grenzen bringt.

wünschte sich diese so sehr, und mir war klar, dass das Instrument ihm gegen die Traumatisierung helfen würde.

Wie finanzieren Sie diese Hilfe?

Hauptsächlich mit Ansprachen und Spendensammlungen bei meinen Auftritten. Direkt nach Kriegausbruch brachte dies erfreulich viele Spenden ein, alle wollten helfen. Ich habe sämtliche privaten und beruflichen Kontakte angezapft. Aber leider sind wir inzwischen an dem Punkt angekommen, wo die Solidarität zurückgeht – es ist kaum mehr möglich, Spenden aufzutreiben. Nur noch eine grosszügige Gönnerin hilft weiterhin. Und der Krieg hört nicht auf.

Wie gelangen die Hilfsgüter in die Ukraine?

Ausrüstung und haltbare Lebensmittel. Blockiert ist die zivile Hilfe, wenn es darum geht, Schutzwesten und anderes lebensrettendes Material zu organisieren, deren Ausfuhr «aus Gründen der Schweizerischen Neutralität» verboten ist.

Kommen wir nochmals zu den Benefizkonzerten. Ihnen ist wichtig, dass auch russische Künstler*innen teilnehmen. Führt das nicht zu Protest – gerade von ukrainischen Kolleg*innen?

Es gibt Leute, die es ablehnen, zusammen mit Russ*innen auf der Bühne zu stehen. Ich erachte es aber als absolut unfair, Russ*innen, die den Krieg scharf verurteilen, auszuschliessen. In solchen Diskussionen frage ich jeweils: Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie dafür bestraft würden, per Zufall einen russischen Pass



Ein Star auf der Bühne, eine Menschenrechtsaktivistin im Lager in ihrer Garage.

zu haben, wenn Sie doch den Krieg und die Politik Russlands ablehnen?

Für russische Prominente ist es aber nicht ungefährlich, sich kritisch zu äussern – selbst im Ausland.

Es ist Krieg! Da darf man nicht still bleiben. Von den Privilegierten, die Russland verlassen konnten, muss man fordern, dass sie Stellung beziehen. In Russland selbst gibt es so viele, die sich trotz Risiken mutig gegen den Krieg äussern; sie sind es, die einen hohen Preis bezahlen.

Wie ist die Lage der Musiker*innen in der Ukraine? Stehen Sie in Kontakt?

Den meisten Künstler*innen geht es gut, sie können reisen, auf Tournee gehen. Es gibt für sie natürlich auch Einschränkungen, ihre Sorgen sind aber nicht vergleichbar mit denjenigen der Leute, die in den Kriegsgebieten ausharren. Für die Menschen in der Ukraine ist es sehr wichtig, dass es weiterhin kulturelle Anlässe gibt. Der Festivalleiter von Lviv, mit dem ich regelmässig im Austausch bin, sagt immer: «Wir versuchen einfach, so nor-

mal wie möglich weiterzuleben. Wir können nicht permanent Angst haben.»

Ihr Engagement ist ja nicht nur in Ihrer ukrainischen Herkunft verwurzelt; Sie waren schon immer in der Menschenrechtsarbeit aktiv und sind seit zehn Jahren Botschafterin von Amnesty Schweiz.

Ich lehnte mich schon immer gegen Ungerechtigkeiten auf. Mir ist klar, dass ich nicht viel verändern kann, aber ich möchte zumindest meine Möglichkeiten ausschöpfen. So ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich Amnesty unterstütze. Gerade die Welt der klassischen Musik ist politisch ja nicht sehr engagiert; das zumeist gebildete und bessersituierte Publikum für die Menschenrechte zu interessieren, macht für mich daher viel Sinn.

Erleben Sie nicht auch Kritik, wenn Sie Auftritte für Ihre Anliegen benutzen?

Die Reaktionen des Publikums waren erfreulicherweise stets positiv, gerade was Aufrufe zur Unterstützung von Amnesty betrifft. Schwieriger ist es gelegentlich

mit Veranstalter*innen. «Wir sind doch nicht politisch», heisst es manchmal. Dann versuche ich zu überzeugen oder suche nach anderen Möglichkeiten...

Bei Solidaritätsaktionen für die Ukraine kommt es inzwischen leider immer öfter vor, dass Veranstalter*innen lieber nicht Position beziehen möchten. Bei einem Konzert habe ich das Problem auf meine Weise gelöst: Statt wie alle anderen in schwarzer Abendrobe aufzutreten, habe ich mich in eine ukrainische Fahne gewickelt und bin dann so als Solistin auf der Bühne gestanden. Die Direktion war nicht erfreut, das ist aber nicht mein Problem.

Sie treten nicht in Ländern auf, in welchen die Todesstrafe angewandt wird – Engagements in den USA und in Japan lehnen Sie somit ab.

Einige Kolleg*innen sagen, dass ich doch gerade in solchen Ländern auftreten und für die Menschenrechte sprechen sollte. Dieses Argument hat etwas für sich, aber bis jetzt wollte ich meinem Prinzip treu bleiben.

Sowieso reise ich aus ökologischen Gründen wenn immer möglich mit dem Zug, da fallen Amerika und Asien ohnehin weg. In Europa gibt es für mich genug zu tun. |

Feministische Weltgeschichte im Iran

Der gewaltsame Tod von Jina Mahsa Amini am 16. September 2022 hat im Iran eine Welle revolutionärer Proteste ausgelöst. In «Unser Schwert ist Liebe» erzählt die Journalistin und Autorin Gilda Sahebi erschütternde, aber auch hoffnungsvolle Geschichten aus der Protestbewegung. Von Lucia Plaen

«Unser Schwert ist Liebe» entführt uns in die Tiefen des feministischen Aufstands im Iran. Das Buch beleuchtet die Proteste aus unterschiedlichen Blickwinkeln und zeigt die starke Verbindung der im Iran aufgewachsenen Autorin zum Thema. Sahebi wirft Schlaglichter auf die vielen Aspekte dieser Bewegung – die Kraft der Musik, die Bedeutung feministischer Perspektiven und die lange Geschichte gewaltsamer Unterdrückung. Die Expertin für Menschen- und Frauenrechte im Nahen Osten, die auch Medizin studiert hat, gibt Einblicke in die Rolle des Gesundheitspersonals und die Möglichkeiten des Journalismus im Iran. Auch die im Iran verhaftete Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh und andere Iraner*innen kommen zu Wort und sprechen über Justiz, Gesundheitssystem und Unterdrückung. Dabei skizziert Sahebi ergreifende Porträts von Frauen, die mutig demonstrieren, und von Verfolgten wie dem Rapper Toomaj, der inhaftiert und gefoltert wurde.

Das Buch stellt die schrecklichen Schicksale derjenigen in den Fokus, die in der Protestbewegung ihr Leben verloren haben. Am Ende des Buches listet Sahebi auf mehr als 15 Seiten die Namen von 489 Personen auf, die gestorben sind. Darunter ist auch Hasti Naroei – ein gerade mal 6-jähriges Mädchen, das aufgrund einer

Tränengasattacke ersticken. Die aufgeführten Todesursachen – erschossen, misshandelt, gefoltert – spiegeln die Brutalität der iranischen Regierung wider. Sahebi schildert drastische Details und ermöglicht einen tiefen Einblick in die tragischen Folgen der Repression. Während die Anzahl von sich scheinbar wiederholenden Geschichten zu einer gewissen Resilienz führen kann, betont Sahebi legitimerweise die Wichtigkeit dieser Nacherzählungen, damit die Namen und die Schicksale dahinter nicht vergessen gehen.

Die Erzählungen über die Protestbewegung aus unterschiedlichsten Blickwin-

keln und aus persönlicher Sicht der Autorin lässt Liebe als treibende Kraft des Widerstands gegen die Unterdrückung sehr eindrucksvoll zwischen den Zeilen durchdringen. Mitunter ist es etwas gewöhnungsbedürftig, wie die Autorin zwischen der Nacherzählung der Geschehnisse seit dem September 2022 und ihren eigenen Kindheitserinnerungen abwechselt. Doch Sahebis zugänglicher und beinahe nüchterner Schreibstil schafft es, sachliche Informationen zu vermitteln und gleichzeitig in den Bann zu ziehen.



© Hannes Leitlein

«Unser Schwert ist Liebe» ist ein mutiger und eindringlicher Bericht über die feministische Protestbewegung im Iran. Gilda Sahebi, die 2022 von «Focus» zu einer der «100 Frauen des Jahres» ernannt wurde, erinnert uns an die anhal-

«Unser Schwert ist Liebe» ist ein mutiger und eindringlicher Bericht über die feministische Protestbewegung im Iran.

tende Gewalt im Land und zeigt, wie Iraner*innen der furchtbaren Brutalität des Regimes die grösste Kraft entgegenzusetzen: Liebe. |



Gilda Sahebi:
«Unser Schwert ist Liebe»
Die feministische Revolte im Iran
S. Fischer Verlag, 2023
256 Seiten



Die vier Töchter und der böse Wolf

Die Tragödie einer tunesischen Familie: Mit dem Experimentalfilm «Les Filles d'Olfa» hat die Regisseurin Kaouther Ben Hania ein aussergewöhnliches Werk geschaffen. Von Boris Bögli

Olfa hat zwei Töchter. Einst waren es vier, doch die beiden älteren sind verschwunden. «Sie hat der Wolf gefressen», sagt die tunesische Regisseurin Kaouther Ben Hania zu Beginn ihres Films. Was das Verschwinden von Rahma und Ghofrane mit der Familie gemacht hat, steht im Mittelpunkt ihres Films «Les Filles d'Olfa». Sie lässt sechs Protagonistinnen auftreten: Mutter Olfa sowie die jüngeren Töchter Eya und Tayssir spielen sich selbst. Hend Sabri doublet Olfa in schwierigen Szenen, Nour Karoui und Ichraq Matar stellen die verschwundenen Schwestern dar.

Gespräche mit den realen Familienmitgliedern werden in dem Film mit nachgespielten Szenen aus ihrem Leben verwoben. Dazwischen tritt die Regisseurin selbst auf. Auch auf Kameramann Farouk Laaridh, der ebenso intime wie präzise Bilder komponiert hat, wird Bezug genommen.

Olfa erzählt aus ihrer katastrophalen ersten Ehe. Aus der Zeit des kurzen Glücks mit einem neuen Partner, der

sich aber als Dreckskerl mit Drogenproblem entpuppt. Eya und Tayssir lassen ihre von Armut und Gewalt geprägte Kindheit Revue passieren, die schwierige Beziehung zur Mutter, die ihre Töchter moralinsauer vor dem Frauwerden bewahren will. Als sie in Rahmas Tagebuch den Namen eines Jungen «mit Augen blau wie der Sommerhimmel» entdeckt, setzt es Schläge ab – und es zeigt sich, dass dies kein «Ausrutscher» ist.

Mit dem Arabischen Frühling, der ab 2011 neue Freiheiten und Umwälzungen bringt, gehen die Familienmitglieder unterschiedlich um. Rahma beginnt sich im Gothic-Stil schwarz zu schminken, Ghofrane enthaart ihre Beine und zieht mit einem Motorradfahrer um die Häuser. Derweil missionieren Islamisten auf den Plätzen und schwatzen den Frauen im Quartier den Niqab (Gesichtsschleier) auf. Rahma und Ghofrane beginnen, sich von ihrer Mutter zu entfremden.

Es wird viel geweint in «Les Filles d'Olfa». Aber es wird auch gelacht, gesungen und getanzt. Wenn die vier

Schwestern herumalbern, ist plötzlich unklar, ob es sich um eine nachgespielte Szene oder eine «Drehpause» handelt – derart vermischt Ben Hania Fiktion und Realität. Eingefangen wurden diese Bilder hinter einem diskreten Zweiweg- («Verhörraum»-)Spiegel. Einen normalen Spiegel – in der Person von «Double» Sabri – hält die Regisseurin der Mutter hin, die sich ihrer Erziehungs-Verfehlungen schmerzhaft bewusst wird.

«Deine verbliebenen Töchter sind die Generation, die den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen wird», sagt Sabri zu Olfa. Die erfrischenden Charaktere von Eya und Tayssir sind denn auch das Hoffnungsvollste in einer Familiengeschichte voller Traumata und Tragik. Diese beiden Töchter sind nicht «vom Wolf gefressen» worden. Wer mit dem Wolf gemeint ist, wird allerdings erst zum Schluss des Films aufgedeckt.



Les Filles d'Olfa
(Four Daughters)
 Von Kaouther Ben Hania
 Tunesien 2023
 107 Minuten
 Verleih: trignon-film
 Ab 5. Oktober in den Kinos

WIR BRAUCHEN SOZIALE ANTWORTEN AUF DEN KLIMAWANDEL



© André Gottschalk

Dr. Brigitte Knopf ist Generalsekretärin des Berliner Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) und stellvertretende Vorsitzende des deutschen Expertenrats für Klimafragen.

Hitzesommer in Spanien und Portugal, Überschwemmungen in Österreich und Slowenien – der Klimawandel wird real, er ist bei uns in Europa angekommen. Noch stärker ist der globale Süden betroffen, hier sind Menschen in ihrer Existenz bedroht, wenn Ernten ausfallen oder es keine staatlichen Hilfen gibt, wenn Häuser durch Stürme oder Fluten zerstört werden. Gleichzeitig verläuft der Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft noch viel zu langsam. Die Umstellung wird oft als Belastung empfunden, gerade für sozial Schwächere, da sie zunächst steigende Lebenshaltungskosten mit sich bringt.

Der Umgang mit Verteilungs- und Gestaltungsfragen ist daher nicht nur zentral für die Akzeptanz und Umsetzung einer ambitionierten Klimapolitik, sondern beinhaltet bei mangelnder Umsetzung auch das Risiko einer Vertiefung bestehender Ungleichheiten, einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und eines Infrage-Stellens der Demokratie.

Bereits heute prägen Verteilungskämpfe, hart ausgefochtene Diskussionen und Gestaltungsfragen die Klimapolitik in Europa. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird massiv herausgefordert – und in Zukunft noch mehr herausgefordert werden. Daher müssen wir Antworten und Konzepte entwickeln, um den vermeintlichen Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit aufzulösen. Eine klimaneutrale Gesellschaft kann nur entstehen, wenn der Wandel ökologisch, ökonomisch und sozial gerecht ausgestaltet ist. Alle drei Faktoren müssen wie Zahnräder ineinandergreifen.

Die Ausgestaltung der sozialen Gerechtigkeit ist entscheidend für die Transformation zur klimaneutralen Gesellschaft. Wir müssen uns noch stärker mit den sozialen Folgen sowohl des Klimawandels als auch klimapolitischer Massnahmen beschäftigen. Wir brauchen Antworten, die eine wirksame und sozial gerechte Politik ermöglichen. Das ist zentral für die Akzeptanz der Transformation zur klimaneutralen Gesellschaft, wichtig für die Entwicklung eines positiven Zielbildes für eine klimaneutrale Gesellschaft sowie entscheidend für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Fairness – und damit letztlich auch für den Fortbestand der Demokratie. |

**EINE KLIMANEUTRALE GESELLSCHAFT
KANN NUR ENTSTEHEN, WENN DER
WANDEL ÖKOLOGISCH, ÖKONOMISCH
UND SOZIAL GERECHT AUSGESTALTET IST.**

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**

NEU

GESELLSCHAFTSSPIEL «COURAGE»



Strategiespiel mit 8 Missionen, 32 Menschenrechtsverteidiger*innen und 200 kreativen Aufgaben. Für 3 bis 6 Spieler*innen ab 10 Jahren. Deutsch oder Französisch. Auch im Geschenkset mit 3 Kerzen erhältlich.

Deutsch: Art. 2500.007.D / Fr. 69.90
Französisch: Art. 2500.007.F / Fr. 69.90
(Fr. 79.90 mit 3er-Set Kerzen)

SCHLÜSSELBAND/ UMHÄNGEBAND

Umhängeband (Lanyard) mit Karabinerhaken und Amnesty-Logo. Das Umhängeband ist praktisch für Schlüssel, Badges und Ähnliches. Hergestellt in Italien aus 100% recyceltem PET (Polyester).



Art. 2300.024 / Fr. 5.–

TASCHENMESSER VICTORINOX

Neue Versionen in Schwarz mit weissem Logo. Swiss made.



SPORTSMAN

Einfaches Modell mit 13 Funktionen
Art. 2300.037.S / Fr. 25.–

DELUXE TINKER

Zum Tüfteln und Flickern mit 17 Funktionen
Art. 2300.037.DT / Fr. 49.–



KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der Klassiker des Schweizer Designs in neuen Farben. Angenehm im Gebrauch, zeitlos, nachfüllbar. In der Schweiz hergestellt.



Solo, metallgelb mit schwarzem Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.026 / Fr. 30.–



Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm), dunkelgrau, weisses Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.027 / Fr. 52.–

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____
 Ort: _____ E-Mail: _____
 Tel.: _____ Unterschrift: _____
 Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch



© Amnesty Schweiz

IRAN

EIN JAHR DER REPRESSION

Seit einem Jahr protestieren die Menschen im Iran gegen Gewalt und Unterdrückung. Seit einem Jahr reagiert die Regierung mit brutaler Repression.

Überall in der Schweiz fanden vom 15. bis 17. September Solidaritätskundgebungen statt, die an den tragischen Tod von Jina Mahsa Amini vor einem Jahr erinnerten.

Der Tod der jungen Kurdin in Polizeigewahrsam hat im Iran eine Protestwelle ausgelöst. Es waren die Frauen, die als Erste auf die Strasse gingen, ihre Kopftücher verbrannten und sich die Haare abschnitten. Die Demonstrationen haben sich rasch im ganzen Land ausgebreitet und werden vor allem von den ethnischen Minderheiten in Belutschistan und den kurdischen Gebieten unterstützt. Die brutale Unterdrückung dieser Proteste hat im vergangenen Jahr Hunderten von Menschen das Leben gekostet, darunter waren auch Kinder.

Die Repression lässt nicht nach – im Gegenteil. Die Todesstrafe wird sogar immer häufiger als Mittel eingesetzt, um die Bevölkerung

einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen – mindestens 406 Menschen wurden bis Ende Juli in diesem Jahr bereits hingerichtet. Die Behörden verheimlichen nicht nur die Wahrheit über die tatsächliche Zahl der Getöteten, sie leugnen auch die Verantwortung der Sicherheitskräfte und Geheimdienste für diese Todesopfer. Gleichzeitig führen sie eine grausame Schikanieungs- und Einschüchterungskampagne gegen die Familien der Opfer.

HINRICHTUNGEN UND GEWALT STOPPEN! Die Menschenrechtsverletzungen im Iran und die damit einhergehende Straflosigkeit müssen ein Ende haben! Mit einer Petition fordert Amnesty die Schweizer Behörden auf, öffentlich Druck auf die iranische Regierung zu machen, damit diese keine Todesurteile mehr ausspricht.

Helfen Sie uns beim Sammeln von Unterschriften und zeigen Sie Ihre Solidarität mit dem iranischen Volk! Lassen Sie uns weiterhin auf die Strasse gehen, um die Menschen zu unterstützen, die ihr Leben riskieren, weil sie ihr Recht auf Demonstration wahrnehmen.

Cyrielle Huguenot

Weitere Informationen zur Petition und die neuesten Nachrichten von Amnesty über den Iran finden Sie hier: [amnesty.ch/iran](https://www.amnesty.ch/iran)



Ausstellung in Zürich: Bilder der Solidaritätsdemos für Iran.

© Arash Vashi

AKTIVITÄTEN DER AMNESTY-GRUPPEN

Im Rahmen von «Ein Jahr Aufstände im Iran» lädt die **Amnesty Gruppe St. Gallen** am **2. November** zu einem Referat von Azadeh Jassemi: Die iranische Politikwissenschaftlerin und Projektkoordinatorin wird im Gespräch mit Kantonsrätin Jeannette Losa über die politische Situation im Iran informieren.

Am **3. November** findet im Impact Hub Zürich ein Diskussionspanel mit Expert*innen zur Menschenrechtslage im Iran und insbesondere zur Situation der iranischen Frauen statt – begleitet von einer Fotoausstellung. Organisiert wird der Anlass von der **Amnesty Zurich English Group**. Weitere Events: [amnesty.ch/veranstaltungen](https://www.amnesty.ch/veranstaltungen)

Viele Amnesty-Aktivist*innen engagieren sich in Gruppen für die Menschenrechte – lokale Gruppen, Jugendgruppen, Frauengruppen u.a.m. Lust, in einer Gruppe mitzumachen? Eine Liste der Amnesty-Gruppen finden Sie hier: [amnesty.ch/gruppen](https://www.amnesty.ch/gruppen)

INKLUSIONS-INITIATIVE: JEDE UNTERSCHRIFT ZÄHLT!

Rund 1,7 Millionen Menschen mit Behinderungen leben in der Schweiz. Viele von ihnen werden von zahlreichen Bereichen des öffentlichen Leben ausgeschlossen, ihre Selbstbestimmung ist eingeschränkt, und somit sind ihre Menschenrechte nicht gewährleistet. Im April wurde die Inklusions-Initiative lanciert, die dies endlich ändern möchte. Nun braucht es uns alle, um die notwendigen 100000 Unterschriften zusammenzubringen!



© Jonathan Lechti

Unterschreiben Sie die Initiative, organisieren Sie Sammelaktionen, buchen Sie Einführungskurse und sensibilisieren Sie Ihr Umfeld. Weitere Informationen finden Sie unter: www.amnesty.ch/inklusions-initiative



NATIONALE KLIMADEMONSTRATION IN BERN

Wir erlebten einen Sommer mit Hitzewellen, Waldbränden und Überschwemmungen – die Auswirkungen der Klimakrise werden immer deutlicher sichtbar. Die Menschen im globalen Süden sind von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen, ihre Menschenrechte sind bedroht. Nun braucht es politischen Druck, damit die Schweiz ihrer Verantwortung gerecht wird und endlich für die Klimagerechtigkeit aktiv wird.

Deshalb rufen über 140 Organisationen zur nationalen Klimademonstration am **30. September 2023** in Bern auf.

Wir treffen uns um 13.45 Uhr beim Amnesty Büro an der Speichergasse 33 in Bern, um gemeinsam an die Kundgebung zu gehen.

LITHIUM-IONEN-BATTERIEN: MENSCHENRECHTSKONFORMER ROHSTOFFABBAU GEFORDERT



Die Welt braucht im Kampf gegen den Klimawandel Alternativen zu den fossilen Energieträgern. Den Preis sollen aber nicht die Menschen der Länder des globalen Südens bezahlen müssen.

Der Klimawandel hat erhebliche Auswirkungen auf die Menschenrechte. Insbesondere die Menschen im globalen Süden leiden unter den Folgen von Wetterphänomenen wie Hitze, Dürre und Überschwemmungen; ihr Recht auf Leben, auf Wasser und sanitäre Einrichtungen, auf Nahrung und Unterkunft ist oft nicht mehr gewährleistet. Die Hauptverursacher der Klimaerwärmung – die Industriestaaten – müssen nun schnell handeln. Die dringlichen Massnahmen dürfen aber nicht auf Kosten der Menschenrechte und der Umwelt gehen.

Für die Bekämpfung der Klimakrise müssen wir so rasch wie möglich von fossilen Brenn- und Treibstoffen wegkommen.

Eine Alternative ist Strom aus elektrischen Lithium-Ionen-Batterien, wie sie bereits breit in Computern, Mobiltelefonen, Elektro-

fahrzeugen usw. eingesetzt werden. In der Demokratischen Republik Kongo (DRC) führt der Abbau von Kobalt und Kupfer, die für die Herstellung von Batterien benötigt werden, zu Zwangsräumungen, illegaler Zerstörung von Siedlungen und physischer Gewalt. Amnesty International fordert in einer Petition den Präsidenten der DRC auf, die Massenvertreibungen zu beenden und Verfahren und Gesetze zum Schutz der Rechte der betroffenen Gemeinden einzuführen.

Danièle Gasteli

Bitte unterzeichnen Sie unsere untenstehende Petition!

PETITION

STOPPEN SIE DIE VERTREIBUNGEN!

**HIER UNTERSCHREIBEN
ODER VIA QR-CODE ZUR
ONLINE-PETITION**



An den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo

Aufgrund der Klimakrise muss die Welt schnell aus fossilen Brennstoffen aussteigen und neue Energiequellen finden. Doch der globale Wandel darf nicht auf Kosten von Mensch und Natur stattfinden.

Die Demokratische Republik Kongo (DRC) liefert den Grossteil des Kupfers und des Kobalts, die für die Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien benötigt werden.

Doch die Bevölkerung zahlt einen hohen Preis: Sie ist Opfer von Zwangsräumungen, illegaler Zerstörung von Häusern und körperlicher Gewalt.

Wir fordern die amtierenden Behörden in Kinshasa auf:

- ein Moratorium einzuführen, um weitere Massenvertreibungen im Bergbausektor zu verhindern,

- Verfahren und Gesetze einzuführen, um die Rechte der betroffenen Gemeinschaften zu schützen.

Wir fordern ausserdem, dass die Demokratische Republik Kongo mit den betroffenen Gemeinschaften, der Zivilgesellschaft und den Provinzbehörden zusammenarbeitet, um die Massenvertreibungen an diesen Minenstandorten zu beenden.

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			



NEUE WORKSHOPS FÜR AKTIVIST*INNEN

Kurse und Workshops für Aktivist*innen und Mitglieder von Amnesty-Gruppen: Erhalten Sie spannende Instrumente für Ihr Engagement und tauschen Sie sich mit anderen Aktivist*innen aus!

LEADERSHIP IN EINER PEOPLE-POWER-ORGANISATION

Was bedeutet Leadership für Sie als Projekt- oder Gruppenleiter*in bei Amnesty?

In diesem Kurs probieren wir gemeinsam Tools aus, um Partizipation und Mitbestimmung in Ihrer Gruppe oder Ihrem Netzwerk zu stärken, und wir tauschen unsere Erfahrungen aus.

Samstag, 21. Oktober 2023,
10.15–15.30 Uhr, Bern

PROTEST: KENNE DEINE RECHTE!

Wer Demos, Streiks oder andere Formen von Protest organisiert oder daran teilnimmt, tut gut daran, ihre oder seine Rechte zu kennen. In diesem Kurs beleuchten wir die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in der Schweiz. Welche Rechte sind garantiert, wo liegen die Grenzen, und was müssen Demonstrant*innen wissen, um die eigenen Rechte einzufordern?

Samstag, 11. November 2023,
10.00–17.00 Uhr, Bern

RHETORIKKURS: ÜBERZEUGEN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Als Aktivist*in sind Sie die Stimme und das Gesicht von Amnesty. Sie tragen die Botschaft der Menschenrechte auf die Strasse und an die Öffentlichkeit – eine anspruchsvolle Arbeit. In diesem Kurs üben Sie, Botschaften klar und prägnant zu formulieren, Sie lernen Tipps und Tricks kennen, lernen Ihre Körpersprache gezielt einzusetzen und gewinnen so mehr Sicherheit.

Samstag, 24. Februar 2024
10.00–17.00 Uhr, Bern



Informationen zu den Workshops für Aktivist*innen und weitere spannende Kurse finden Sie unter: www.amnesty.ch/kurse

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen
Certificat suisse de qualité pour les institutions de formation continue
Certificato svizzero di qualità per istituzioni di formazione continua



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8